ERNST AUST: TOD DEM FASCHISMUS Seite 7

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 26 vom 29. Juni 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

„Es fiel keine Träne der Trauer,
Als wir Dich senkten hinab;
Wir standen geballt uns're Fäuste
Als Deine Rächer am Grab."

Wir trauern um den Genossen
GÜNTER ROUTHIER

gefallen im Kampf für die Interessen des Volkes. Er wurde von der Polizei erschlagen, weil er ein Vorkämpfer der Arbeiterklasse war. Er wird – wie alle im Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse Gefallenen – für immer im Herzen aller revolutionären Arbeiter sein. Seine Mörder werden der Rache des Volkes nicht entgehen. Der Schwur von Tausenden an seinem Grab, im Kampf für die sozialistische Revolution, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats selbst den Tod nicht zu scheuen, wie Genosse Günter Routhier ihn nicht gescheut hat, wird Millionen erfassen. Sie werden Günters Vermächtnis erfüllen.

Zentralkomitee der KPD/ML

Dortmund, den 19. Juni 1974

Trauerzug zu Ehren des Genossen Routhier von Polizeiknüppeln zerschlagen!

Mannschaftswagen rasen aus allen Richtungen heran. Polizisten mit Helmen und Schilden springen heraus und knüppeln brutal eine Menschenmenge in der Nähe der Lerchenstraße in Duisburg zusammen. Einige werden festgenommen. Einer dabei brutal an den Händen über den Boden geschleift.
Dieser brutale Polizeieinsatz findet nur wenige Meter entfernt von der Wohnung der Eltern Günter Routhiers statt. Er gilt den Freunden und Genossen, die sich versammelt haben, um Günter Routhier, Mitglied der KPD/ML, ermordet von der Polizei, das letzte Geleit zu geben.



Tausende gaben Genossen Günter Routhier das letzte Geleit

Mit dem gleichen nackten, blanken Haß, mit dem die Polizei am 5. 6. im Arbeitsgericht Duisburg gegen Genossen Routhier vorging, prügelt, knüppelt und tritt sie jetzt jeden, der um Günter Routhier trauert. Der Plan der Polizei war: soviele zusammenknüppeln wie möglich. So erhielt der Verantwortliche für den Trauerzug erst eine Stunde vor dem geplanten Abmarsch die Mitteilung über das Verbot ins Haus gebracht. Noch nicht einmal vor den Kränzen, dem letzten Gruß an den Toten, machen sie Halt. Polizeihände zerren die Schleifen ab, Polizeistiefel trampeln auf den Kränzen herum. Polizeiknüppel bedrohen selbst die engsten Angehörigen Günter Routhiers, seine Mutter, seine Frau, seinen Sohn. Selbst auf dem Friedhof noch stört ein lärmender Polizeihubschrauber die Trauerfeier. Schließlich benutzten Polizisten den Friedhof sogar als Versteck, aus dem sie gegen Abend hervorstürmten, um Freunde und Genossen, die sich vor dem Friedhof aufhalten, zusammenzuprügeln.

Was an diesem Montag in Duisburg herrscht, das ist offener, faschistischer Terror. Das sind Gestapo-Methoden. Eine ältere Frau aus Duisburg, die diesen Polizeiterror mit ansieht, ist entsetzt. 1925, erzählt sie, haben sie auch einen Arbeiter ermordet. Der Trauerzug für ihn war die größte Demonstration, die ich je gesehen habe. Aber da gab es sowas nicht. Einen solchen Terror gegen Trauernde gibt es heute nicht einmal in Chile.

Warum diese wahnwitzige Reaktion der Bourgeoisie?

Die Polizeiarmee des Kapitals hat einen Arbeiter erschlagen. Günter Routhier war kein Einzelfall. Er ist gestorben, wie andere mit ihm in den letzten Wochen, weil das Kapital angesichts der wachsenden Klassenkämpfe seiner Polizeiarmee nicht mehr nur das Prügeln, sondern den Arbeitermord, die physische Vernichtung des Gegners befohlen hat. **Aber dennoch hatte die Ermordung Günter Routhiers, Mitglied der KPD/ML, eine besondere Bedeutung. Denn überall, wohin ihre Stimme dringen konnte, hat die Partei die Wahrheit herausgeschrien: Ein Arbeiter, ein Kommunist ist ermordet worden. Ermordet vom Klassenfeind, dem Todfeind der Arbeiterklasse, aller Werktätigen.**

Fast alle, die diese Nachricht hörten, waren fassungslos – und viele von ihnen ballten die Faust. Und so mancher ging noch einen Schritt weiter, als er erlebte, wie die Polizei überall mit Knüppeleinsätzen und Festnahmen gegen die Genossen der Partei vorging, die die Ermordung Günter Routhiers anprangerten – spendete Geld, öffnete seine Haustür zum Schutz gegen die Polizei – und las zum ersten mal den Roten Morgen.

Es war dieses tausendfache Echo auf die revolutionäre Stimme der Partei, das die Bourgeoisie zu ihrem offenen, faschistischen Terror trieb nicht nur gegen die Kommunisten, sondern gegen die ganze Bevölkerung. Nicht nur in Duisburg selber, sondern in allen Städten, wo die Partei zur Teilnahme am Trauerzug zu Ehren des Genossen Günter Routhier aufgerufen hatte. Aber trotz allem Terror wurde das letzte Geleit für Genossen Günter Routhier zur größten revolutionären Demonstration, die Duisburg seit langen Jahren erlebt hat. Und einige tausend stehen heute an ihrem Arbeitsplatz, mit dem unerschütterlichen Willen, einzulösen, was sie ihrem gefallenen Genossen am Grabe versprachen:

GENOSSE GÜNTER UNSER SCHWUR – PROLETARISCHE DIKTATUR!

Rede des Genossen Ernst am Grabe des Genossen Günter Routhier

Liebe Angehörige, Freunde, Kollegen unseres Genossen Günter Routhier!

Wir stehen heute am Grab, am Sarg des ersten vom Klassengegner, von der Polizei ermordeten Genossen unserer jungen Partei. In unseren Herzen ist Trauer. Trauer der Ehefrau um den Kameraden, mit dem sie 24 lange Jahre Freud und Leid teilte. Trauer des Sohnes um den Vater. Trauer um den Kollegen. Trauer um den von uns gegangenen Genossen und Kämpfer für eine bessere, eine gerechtere Welt. In unseren Herzen ist auch Haß. Glühender, unversöhnlicher Haß gegen jene, die da oben in ihren Konzernbüros und Banken, im Parlament und Regierung sitzen. Die bereit sind, mit Terror und Mord ihre diktatorische Herrschaft über die Arbeiterklasse, über das Volk aufrechtzuerhalten.

Wer war Günter Routhier? Er wurde geboren im Jahre 1929. Es war das Jahr des Beginns der Weltwirtschaftskrise. Damals hatte eine große, weltweite Krise die gesamte kapitalistische Welt erfaßt. Hunger und Elend. 7 Millionen Arbeitslose allein in Deutschland. Als die Nacht über Deutschland hereinbricht, als das Kapital seine offene faschistische Diktatur errichtet, ist Günter gerade vier Jahre alt. Er wächst auf in der Zeit der Naziherrschaft. Noch als Kind erlebt er den Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Doch als der Krieg sich seinem Ende nähert, als der Traum der Hitlerfaschisten vom 1 000-jährigen Reich unter den Schlägen der Roten Armee zusammenbricht, wird auch noch Günter als 15-jähriger als Flackhelfer eingezogen.

Damals wächst in ihm der Haß auf Faschismus und Krieg. Wie Millionen mit ihm erlebt er Hunger und Not der Nachkriegsjahre. Er lernt Klempner und Installateur. Arbeitet bei den Harnisch-Werken in Duisburg, die später von Mannesmann übernommen werden. Schon damals setzt sich Günter für die Interessen seiner Kollegen ein. Er haßt Ungerechtigkeit und Schieberei. Kein Wunder, daß er den Harnisch-Bossen unbequem wird. Er erhält seine Papiere. Danach erhält er Arbeit bei einer Waschmaschinenfabrik in Duisburg. Doch die Hungerjahre während und nach dem Krieg wirken sich aus. Hinzu kommen Rationalisierung und Arbeitshetze im Betrieb. Es ergeht ihm wie so vielen Arbeitern heute infolge der kapitalistischen Ausbeutung. Er wird krank. Wer aber stellt schon einen nicht mehr gesunden Arbeiter ein? Günter versucht, ein kleines Geschäft zu eröffnen. Das scheitert. Die jahrelange Behandlung, das Vollpumpen mit Medikamenten ruft eine Blutkrankheit hervor. Er wird schon Anfang 40 arbeitsunfähig und muß Rente beantragen.

Doch auch während seiner Krankheit bleibt Günter dem Leben und Kämpfen seiner Klasse aufs Engste verbunden. Er resigniert nicht. Er bleibt politisch interessiert und aktiv. Aufmerksam verfolgt er die wirtschaftliche und politische Entwicklung in der Bundesrepublik. Er sieht, daß die Herren von heute die gleichen sind wie die von gestern. Er erlebt, wie anläßlich der Krise von 1966/67 das Märchen vom sogenannten Wirtschaftswunder zerplatzt. Wo aber ist der Ausweg? Wo ist die Kraft, die Partei, die der Arbeiterklasse, den Werktätigen, den Ausweg zeigt? Sein Sohn Klaus-Peter, Pit, wie ihn seine Kollegen bei Mannesmann nannten, (heute ist er beim Bund) ist es, der den Anstoß gibt. Anläßlich eines Streiks bei Mannesmann im Jahre 1973 erfährt er vom Wirken und Kämpfen einer neuen Partei, der KPD/ML. Er ist begeistert. Liest die Betriebszeitung, diskutiert mit den Genossen. Wird Kämpfer für die Revolution. Wird Rotgardist. "Wenn der Junge das sagt . . . " Günter Routhier und seine Frau beschließen, sich die Sache einmal anzusehen. Sie besuchen Versammlungen und Veranstaltungen unserer Partei. Informieren sich über ihr Programm und Ziel. Doch Günter will es genau wissen. So leicht läßt er sich nicht überzeugen. Klar, was die Partei sagt, ist richtig. Doch warum Gewalt? Wie noch viele zigtausend Arbeiter geht er von seinem Bewußtsein aus, davon, daß es doch eine Gerechtigkeit geben muß. Daß es auch bei den Herrschenden einen Funken Gerechtigkeitsgefühl geben müßte. Erst der Prozeß gegen seinen Sohn und der Prozeß am 5. 6. 74 beim Arbeitsgericht überzeugen ihn vom Gegenteil.

Am Abend des gleichen Tages, geschlagen, zerschunden, schon gekennzeichnet vom Nahen des Todes, bekennt er im Gespräch mit seiner Frau: Nein, es gibt keine Gerechtigkeit. Mehr noch als die körperliche Pein empört ihn die menschliche Erniedrigung. Das, was uns hier entgegentritt, ist blanker, niedriger Haß. Das ist der Geist von Auschwitz und Maidaneck. Gestapo-Methoden gerichtet auf die physische Vernichtung des Gegners, der fortschrittlichen, der kommunistischen Arbeiter. Hier kann man nicht mehr überzeugen. Hier muß man kämpfen — um sein Leben. Hier muß man den Klassenfeind vernichten, will man nicht selbst vernichtet werden. Er erkennt im Nahen des Todes: Der Kampf der KPD/ML, meiner Partei, ist richtig. Ist gut. Und seine Frau bittet: "Wenn ihr von Günter schreibt und sprecht, dann sagt Genosse.' Am 17. Juni ist Genosse Routhier auf Beschluß des ZK in die KPD/ML aufgenommen worden.

Günter Routhier ist tot. Viel zu früh wurde er seiner Familie, unserer Partei entrissen. Wir wissen, daß er heute noch leben und unter uns weilen könnte, aber sie haben ihn erschlagen. Er starb in Folge der Mißhandlungen durch die Polizei. "Der Tod ist jedem beschieden", sagt der Genosse Mao Tsetung, einen altchinesischen Schriftsteller zitierend. 'Es stirbt ein jeder. Aber der Tod des einen ist gewichtiger als der Tai-Berg. Der Tod des anderen hat weniger Gewicht als Schwanenflaum." Stirbt man für die Interessen des Volkes, so ist der Tod gewichtiger als der Tai-Berg. Stirbt man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, so hat der Tod weniger Gewicht als Schwanenflaum."

Günter Routhier ist wie Legionen Kämpfer vor ihm für die Befreiung seiner Klasse, für die Interessen des Volkes gestorben. Er war in diesem Kampf nicht der Erste und er wird nicht der Letzte sein. Doch während von ihren Mördern und Henkern niemand mehr spricht, werden die Namen unserer Toten wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Fiete Schulze, Ernst Thälmann, Philipp Müller und all die anderen tausenden Toten im Herzen unseres Volkes weiterleben. So wie ihre Namen wird auch dein Name, Genosse Günter, mit ehernen Lettern auf den Denkmälern eines befreiten, eines sozialistischen Deutschland stehen. Zum Gedenken für alle, die nach uns kommen.

Günter Routhier, während wir nun die Fahnen senken, um von Dir Abschied zu nehmen, schwören wir Dir, unserem Genossen: Nie werden wir Dich vergessen. Dein Tod wird nicht ungesühnt bleiben. Er war nicht umsonst. Tausende und Abertausende neue Kämpfer werden aufstehen, um den Kampf fortzusetzen, in dem Du gefallen bist. Den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Frieden und Freiheit, für ein glückliches Leben unseres Volkes in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland.

Rot Front, Günter.

Der Mord an Genossen Günter soll vertuscht werden

Die Umstände der Obduktion unseres ermordeten Genossen Günter Routhier, die am 19.6. im Auftrag der Staatsanwaltschaft Duisburg durchgeführt wurde, lassen keinen Zweifel daran, daß die Ursachen des Todes von Günter Routhier vor der Öffentlichkeit vertuscht und verheimlicht werden sollen. Die Ärztin, die von Frau Routhier zur Teilnahme an der Obduktion bevollmächtigt war, wurde nicht zugelassen. Sie berichtet:

'Ich wurde von Frau Routhier beauftragt, als Arzt ihres Vertrauens bei der Obduktion ihres Mannes teilzunehmen und erhielt dazu eine schriftliche Vollmacht von ihr. Damit wandte ich mich zunächst am Mittwoch Morgen an das Pathologische bzw. Gerichtsmedizinische Institut am Klinikum Essen, wo die Obduktion stattfinden sollte. Ich wurde sofort an den Staatsanwalt verwiesen. Vor dem Gerichtssaal habe ich auf das Gericht gewartet.

Der Staatsanwalt (OStA Lindenberg, Duisburg) erklärte mir sofort, daß ich nicht zugelassen werden könne, das sei gegen die Bestimmungen der Strafprozeßordnung und ein Eingriff in ein schwebendes Untersuchungsverfahren. Außerdem sei ich ja von Frau Routhier geschickt und vertrete deren Interessen, sei also nicht neutral. Bei derartigen Obduktionen dürfe nur das Gericht anwesend sein.

Wer 'nur das Gericht' ist, konnte ich auch gleich sehen: Anwesend waren nämlich bereits drei Beamte der Kripo Duisburg (!), unter ihnen Viefer, der Chef der politischen Polizei.

Zu diesem Zeitpunkt erschienen einige Studenten, die verlangten, zu der Obduktion zugelassen zu werden. Hier sei ein Polizeimord geschehen, sagten sie, und sie seien der Ansicht, daß das vertuscht werden solle. Deshalb verlangten sie, daß sie oder zumindest ich als Ärztin zugelassen werde. Was sonst bei allen Obduktionen, auch gerichtlichen, möglich ist, wurde in diesem Fall verboten. Prof. Adebahr (Gerichtsmedizin, er hat die Obduktion geleitet) und der noch herbeizitierte Prof Müller (Pathologie, der das "Hausrecht" hat), tobten und drohten mit einer Klage wegen Hausfriedensbruch , persönlicher Beleidigung usw. Schließlich wurde die Polizei geholt.

In der Zwischenzeit war ich von Lindenberg und dem leitenden Richter Braun in einen Nebenraum geführt worden. Dort wurden mein Anwesenheitsantrag, Personalien usw. protokollarisch aufgenommen und ohne weitere Begründung sofort abgelehnt. Gleichzeitig lief ein Telefongespräch zwischen dem Rechtsanwalt von Frau Routhier, Piron (Düsseldorf) und Braun, wo der Richter behauptete, es habe ja noch nie ein Antrag auf Anwesenheit eines Arztes vorgelegen, die Protokollantin aber dazwischenrief: 'Ja doch, heute morgen, der ist doch abgelehnt worden." Braun forderte Piron auf, er könne ja herkommen und teilnehmen, ein Rechtsanwalt sei schließlich etwas anderes. (Das ist sicherlich richtig, denn einem Juristen kann man medizinisch natürlich etwas vormachen.) Begründung der Ablehnung: Es sei keine Angelegenheit der Öffentlichkeit und widerspreche der Strafprozeßordnung, die nur den zuletzt behandelnden Arzt zulasse. Dann mußte ich noch meinen Ausweis und die Approbationsurkunde vorzeigen und wurde von Braun hinausgeleitet. Dabei fotographierte mich der anwesende Polizeiphotograph — also eine "vornehme" Art der Erkennungsdienstlichen Behandlung. Es ist klar, daß ich überhaupt nur aus dem Grund reingelassen wurde, damit sie meine Personalien und mein Bild kriegen — das ganze Verfahren zeigt deutlich, daß sie auf keinen Fall jemanden haben wollten, der etwas von der Sache versteht und die Wahrheit verbreiten würde!

Beim Hinausgehen sah ich, daß das ganze Institut von Uniformierten und zivilen Polizisten umstellt war. (ca. 10).'

Medizinstudenten, die an der Obduktion teilnehmen wollten, berichten in einer Dokumentation: Einer der Studenten stellte die Forderung auf, teilzunehmen oder zumindest die Ärztin von Frau Routhier zuzulassen, da nach den Vorfällen von Aachen und Frankfurt zu befürchten sei, daß der Polizeimord vertuscht werden soll. Prof. Adebahr und Prof. Müller aber drohen den Studenten mit Beleidigungsklagen und Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, falls sie nicht sofort den Sektionssaal verlassen. Prof. Adebahr: Sie können sonst immer zu Sektionen, aber in diesem Fall geht das nicht!"

Polizei rückt an. Der Einsatzleiter gibt Anweisungen, die Ausgänge zu besetzen. Da sie annehmen, daß noch mehr Studenten an der Sektion teilzunehmen fordern werden, führt die Polizei eine Lagebesichtigung durch und legt das Vorgehen fest: 'Festnehmen, Personalien feststellen!"

Angesichts des Polizeiaufgebots müssen die Studenten weichen.

Selbst während der Sektion wird peinlich genau darauf geachtet, daß kein unberufenes Auge beiwohnt. Anwesende Sektionsgehilfen werden angeschnauzt, wenn sie nur in die Nähe der Leiche des Genossen Routhier kommen.

Welche Angst die Klinikumleitung hat, daß Pfleger und Schwestern die Wahrheit über den Tod des Genossen Günter erfahren und berichten, zeigt auch Folgendes: Ein fortschrittlicher Pfleger wird auf Anweisung der Klinikumleitung von allen Akten, die Günter Routhier betreffen, ferngehalten. "Wenn der reinkommt, seht zu, daß er nichts erfährt und sieht." Seit der Obduktion sind sogar jegliche Krankenberichte verschwunden, sodaß kein Pfleger, keine Schwester sie mehr einsehen kann.

Die Angst von Klinikumleitung, Staatsanwaltschaft, Richter und Polizeibehörden ist nicht grundlos: Die Empörung der Pfleger, Schwester und Medizinstudenten über diese Geheimobduktion ist groß, und sie wissen ebenso wie die Bevölkerung die Wahrheit: Günter Routhier ist erschlagen worden, erschlagen von der Polizei!

Solidarität

Wir werden alle Protesterklärungen und Solidaritätsschreiben in der nächsten Nummer des ROTEN MORGEN veröffentlichen. Hier vorläufig nur eine Aufstellung der Erklärungen, die der Partei bisher zugesandt wurden:

Protestresolutionen der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten in der Bundesrepublik Deutschland; Jugendverband der PCE/ML; Frente revolutionario antifasista y patriota (FRAP); Deutsches Komitee der Opocicion Sindical Obrera OSO); Organisation griechischer Marxisten–Leninisten; Iranischer Studentenverband Iserlohn/Bochum/Dortmund und Iranischer Studentenverband Münster, beide Mitglied der CISNU; Erklärung der Provisorischen Zentralen Leitung der ROTEN HILFE; ROTE HILFE Ostwestfalen; Neuer Arbeiterverlag Westberlin; Rotfront–Verlag Kiel; Gesellschaft zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, Hamburg; Kollektiv der Zeitschrift "Der Funke", Aachen; Evangelische Studentengemeinde Bochum; Protesterklärung des VK Bochum; Protesterklärung des VK Münster; Protestresolution, verabschiedet auf der Versammlung gewerkschaftsoppositioneller Kollegen der Bremer Vulkan, der AG Weser, VSW Focke und anderer Betriebe am 21.6.; Resolution der Ortgruppensitzung der "Liga gegen den Imperialismus" Bochum; Resolution der 11 Angeklagten im Kieler Grundgesetzprozeß am 18.5.; Resolution, mehrheitlich verabschiedet auf der Vollversammlung der Universität Kiel am 21.6.; Resolution, mehrheitlich verabschiedet bei einem Teach-In des KSB/ML an der Pädagogischen Hochschule Kiel am 21.6.; Resolution, mehrheitlich verabschiedet bei der Vollversammlung der Fachhochschule Sozialwesen Kiel am 21.6.; Plenum "Freie politische Betätigung" der Pädagogischen Hochschule Westberlin am 21.6.; Wahlfachaktiv Biologie an der Pädagogischen Hochschule Westberlin am 21.6.; Pädagogikstudenten der Universität Hamburg am 21.6.; Resolution, mehrheitlich verabschiedet auf der Wahlversammlung der Ruhr-Universität Bochum, Abt. Philologie am 21.6.; Resolution, mehrheitlich verabschiedet auf der Sitzung des Arbeitskreises junger Lehrer und Er zieher Kiel am 21.6.;

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr.417 06-466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50 Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Dortmund; Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36; Erscheinungsweise: wöchentlich samstags; Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,- DM für ein Jahr (25 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Ford/Köln
Rauschmiss des Kommunisten Peter B. soll Widerstand gegen Massenentlassungen brechen

„Wir haben Zweifel, ob alle Mitarbeiter am Jahresende noch ihren Arbeitsplatz haben werden," sagte laut Spiegel BMW-Chef Eberhard v. Kuenheim. Die "Zweifel" dieses Herrn sind in Wirklichkeit längst Gewißheit: allein was die Kapitalisten an offiziellen Zahlen ausgegeben haben, bedeutet bereits, daß zigtausende Kollegen bereits in diesem Jahr auf die Straße fliegen. Mehrfach haben wir bereits darüber berichtet, wie die Autobosse der tiefen Krise durch Massenentlassungen und verschärfte Arbeitshetze begegnen wollen. Um das gegen den Widerstand der Kollegen durchzusetzen, wird gleichzeitig die politische Unterdrückung in den Betrieben verschärft.

Wir berichteten bereits über die politischen Entlassungen des Vertrauensmannes Abdul K. und des Genossen Jochen B., den seine Kollegen zum Vertrauensmann wählen wollten, bei Opel/Bochum. Jetzt wurde bei Ford/Köln der unter den Arbeitern als Kommunist bekannte Kollege Peter B. gefeuert. Genosse Peter B. hatte auf der letzten Betriebsversammlung zum Kampf gegen die Massenentlassungen aufgerufen. Er hatte unter dem Beifall der Kollegen gezeigt, daß die Massenentlassungen nur im unversöhnlichen revolutionären Klassenkampf verhindert werden können. Und er zeigte auf, daß Arbeitslosigkeit keine zufällige 'Katastrophe", sondern ein Grundübel des Kapitalismus ist, das erst mit dem Sturz des Kapitalismus in der proletarischen Revolution und mit der Errichtung des Sozialismus verschwinden wird. Seine Rede fand bei den Kollegen so große Zustimmung – Beifall, Zurufe –, daß der Betriebsrat sich gezwungen sah, den Genossen nach 10 Minuten am Weiterreden zu hindern.

Für die Entlassung des Genossen nutzten die Ford-Kapitalisten den Umstand aus, daß – bedingt durch die Kurzarbeit – die Halle in der Peter B. arbeitet, mit höchstens einem Drittel der normalen Belegschaft – vorwiegend türkischen Kollegen –, besetzt war. Peter B. wurde ins Personalbüro gerufen, wo ihm seine Entlassung mitgeteilt wurde: "Sie können noch ihre Sachen holen!"

Peter B. aber ging von Abteilung zu Abteilung und berichtete den wenigen anwesenden Kollegen von der Entlassung. Hinter ihm: Obermeister, Meister, Hallen-Personalchef, zwei Werkschutzleute u.a. Aber dieser große Rattenschwanz, der dem Genossen auf Schritt und Tritt durch die Halle folgte, wagte es angesichts der großen Empörung der Kollegen nicht, Peter B. daran zu hindern, mit den Kollegen zu sprechen.

Die Betriebszelle der Partei initiierte sofort eine Unterschriftensammlung gegen diese politische Entlassung. Zwei Flugblätter wurden verteilt, am Werk wurden Parolen gemalt. Einige Kollegen nahmen Unterschriftenlisten mit in den Betrieb, um gegen die Entlassung ihres kommunistischen Kollegen zu sammeln. Sie ließen sich oft auch nicht dadurch einschüchtern, daß Meister die Unterschriftensammlung verhindern wollten. Ein Meister riß einem Kollegen sogar die Unterschriftenlisten aus der Hand und zerriß sie.

Mehrere Kollegen gingen zum Hallenbetriebsrat Weyerstraß und stellten ihn zur Rede, warum der Betriebsrat dieser politischen Entlassung zugestimmt habe. Dieser D"K" P-Revisionist behauptete, er habe von der Entlassung nichts gewußt, wenn Peter B. zu ihm käme, würde er ihn unterstützen. In Wirklichkeit hat gerade dieser Revisionist Peter B. seit langem bekämpft.

Viele Kollegen haben erkannt, daß mit der Entlassung des Kommunisten Peter B. auch der Widerstand gegen die laufenden und geplanten Massenentlassungen gebrochen werden soll. Jetzt heißt es bei Ford/Köln, daß in jeder Abteilung 10 % abgebaut werden sollen. Offen diskutierten Kollegen die Möglichkeit eines Streiks, aber sie zögern noch: "Im Moment sind wir zu wenige .."



„Für unsere Entscheidung, mit ihnen kein Arbeitsverhältnis einzugehen, sind im wesentlichen die Vorfälle vom 5. Juni 1974 maßgeblich, wo Sie während einer Jugendversammlung Ihre zukünftigen Zielsetzungen als Jugendvertreterin dahingehend präzisierten, daß Sie die dort versammelten Jugendlichen zum Kampf mit der Waffe gegen Firma und Geschäftsleitung aufforderten.

Trotz mehrfachen Anmahnens durch anwesende Vertreter der Geschäftsleitung stellten Sie auch ihre aufrührerischen Worte und Redensarten nicht ein.

Sie haben sich außerdem noch zum radikalen Kommunismus nach rotchinesischem Vorbild eingesetzt, ein Hinstreben auf eine Systemveränderung, den Klassenkampf sowie eine Veränderung der demokratischen Grundordnung als sinnvoll bezeichnet.

Schließlich haben Sie noch die Tarif- und Lohnpolitik der IG Metall verhöhnt, die Arbeit des amtierenden Betriebsrates kritisiert ... damit haben Sie eklatant gegen den Betriebsfrieden und die partnerschaftliche Friedenspflicht aus dem Betriebsverfassungsgesetz verstoßen."

Das sind nach Ansicht der Hell-Kapitalisten die gesammelten Verbrechen der Sybille M. Die rote Jugendvertreterin, die sich erneut als Kandidatin für die Jugendvertreterwahl aufstellen ließ, wurde nach ihrer Rede bei der Kandidatenvorstellung gefeuert. Trotz „mehrmaligen Abmahnens" hatte sie die Notwendigkeit der proletarischen Revolution propagiert, was die Hell-Kapitalisten – wie die Entlassungsbegründung zeigt – ausgesprochen persönlich nahmen. So neu dürften den Hell-Kapitalisten Sybilles „aufrührerische Worte und Redensarten" allerdings gar nicht gewesen sein, denn Sybille ist bereits der 3. Kandidat für die Jugendvertreterwahlen, den die Hell-Kapitalisten in der letzten Zeit feuerten. Vor Sybille hatten bereits Jörg und Kurt gegen die „partnerschaftliche Friedenspflicht" verstoßen. In einem Brief an den Roten Morgen schreibt Genossin Sybille: „Aber diese Beispiele zeigen nur die Schwäche der Kapitalisten. Sie versuchen die Kommunisten zu isolieren, weil sie wissen, daß nur sie den Weg aus dem Elend aufzeigen und vertreten: die bewaffnete Revolution. Sie versuchen, die Kommunisten zu isolieren, aber es gelingt ihnen immer weniger: bei Hell ist erfolgreich eine RGO-Gruppe unter der Führung der KPD/ML aufgebaut worden... **Für die Lehrlinge von Hell heißt es, jetzt gerade Jörg, Kurt und Sybille als Jugendvertreter zu wählen, da sie bewiesen haben, daß sie konsequent mit den Kollegen den Kampf aufnehmen für unsere Interessen."**

Kampf der Entlassung des kommunistischen Betriebsrats:
Ein erster Erfolg

Im Kampf gegen die fristlose Kündigung des kommunistischen Betriebsrates Hermann Heiner wurde ein erster Erfolg gegen die Bruckmann-Kapitalisten erzielt. Auf Antrag des Betriebsrates der zum Münchner Druckerei-Konzern Bruckmann gehörenden Firma Mandruck erließ das Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung, nach der Genosse Heiner jederzeit seinen Arbeitsplatz und die anderen Arbeitsräume betreten darf.

Die Bruckmann-Kapitalisten hatten zunächst versucht, dem kommunistischen Betriebsrat fristlos zu kündigen, nachdem der Gewerkschaftsapparat seinen Ausschluß eingeleitet hatte. Als der gesamte Betriebsrat dieser politischen Entlassung nicht zustimmte, versuchten die Bruckmann-Kapitalisten den kommunistischen Betriebsrat aus dem Betrieb zu jagen, indem sie ein Arbeitsplatzverbot gegen ihn verhängten. Aber Hermann Heiner erschien jeden Tag zur Wahrnehmung seiner Pflichten als Betriebsrat im Betriebsratsbüro. Jetzt wurde das Arbeitsplatzverbot aufgehoben, damit ist der Versuch, den revolutionären Betriebsrat von seinen Kollegen zu isolieren vorerst gescheitert.

Die Betriebszelle Bruckmann der KPD/ML stellt in ihrer Betriebszeitung "Der Druckereiarbeiter" dazu fest, daß dieser Erfolg keinesfalls irgendein Vertrauen in die bürgerliche Klassenjustiz rechtfertige, vielmehr sei dieses Urteil aufgrund der Solidarität der Kollegen zustandegekommen. In der gleichen Ausgabe der Betriebszeitung heißt es weiter, daß mit diesem Erfolg der Kampf gegen die Kündigung des Betriebsrates keineswegs gewonnen ist.



'K'BW: Kapitalismus ohne Ende

Korrespondenz. Als ehemaliges Mitglied der Aufbauzelle Hafen des „K"BW in Bremen verfolge ich die weitere Entwicklung dieser Zelle mit besonderem Interesse. Es zeigt sich dort in der Praxis, was das „K"BW-Programm für die Arbeiterklasse parat hat.

"Pick an", die Zeitung des 'K'BW im Bremer Hafen stellt in seiner Ausgabe vom 28.5. auf der ersten Seite die Frage: "Ist das Pensum in unserem Interesse?" (Pensum ist eine Art Akkord). Kein Wort in dem ganzen Artikel über die Ursachen der Antreibersysteme. Kein Wort über die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion, die die Kapitalisten bei Strafe ihres Unterganges dazu zwingen, die Ausbeutung immer mehr zu verschärfen. Stattdessen Illusionen: "Wir wollen früher nach Hause gehen. . ." und der "Unternehmer' müßte 'sich dann eben einen Swimming-Pool weniger bauen" - so einfach ist das! Aber wer schon das Wesen des Kapitalismus verschweigt, kann der Arbeiterklasse folglich auch keinen Weg zu ihrer Befreiung zeigen. So heißt es am Schluß des Artikels: 'Deutsche und ausländische Kollegen - denkt daran, für wen ihr arbeitet und denkt daran, daß ihr das 10, 20 Jahre und noch länger machen müßt! Verweigert jegliche Akkordmengen und alle Überstunden!' Mit anderen Worten: Die Kollegen sollen sich die Arbeit schön einteilen, damit die Kapitalisten sie bis an ihr Lebensende auspressen können. **10, 20 Jahre und noch länger kapitalistische Knechtschaft, das ist die Perspektive, die die 'K'BW-ler den Kollegen vom Hafen weisen!**

In einem anderen Aufsatz gehen sie dazu über, das Prinzip des Proletarischen Internationalismus mit Füßen zu treten. Seitenlang lamentieren sie darüber, daß der Warenexport über die Bremer Häfen 'nicht immer . . guten Zwecken" diente, aber kein Wort darüber, welcher Klasse! Es wird aufgezählt, daß von Bremen Waffen in alle Welt geschickt werden, insbesondere in die faschistischen Länder. Über die Ursachen schweigen sie sich freilich wieder aus. Auch hier kein Wort über das Wesen des Imperialismus und die Ausplünderung der Länder der Dritten Welt durch den westdeutschen Imperialismus. Folglich zeigen die 'K'BW-Leute auch nicht, daß die Völker dieser Länder und wir einen gemeinsamen Feind haben, den wir gemeinsam bekämpfen müssen: den Imperialismus! Und so besteht der Kampfruf des 'K'BW gegen den Imperialismus an die Kollegen nicht darin, den Imperialismus gemeinsam mit den Völkern der Welt zu schlagen, sondern darin, Photos und Informationen zu senden, wobei er sie vertröstet, "langfristig auch zu Aktionen" zu kommen.

Im nächsten Artikel klagen die 'K'BW-Schreiberlinge darüber, daß Hafensenator Brinkmann die "Jubiläumskiste" von 4 Mill t umgeschlagenen Zitrusfrüchten geschenkt bekommen hat. In ihrer Ratlosigkeit fragen sie die Kollegen: 'Was wird jedoch uns geschenkt, wann erhalten wir etwas für unseren tagtäglichen Schweiß?" Da sie selbst keine Antwort wissen: Wenn ihr so weitermacht, vielleicht einen Aufsichtsratsposten bei der Bremer Lagerhausgesellschaft!

Lenin hat uns gezeigt, was wir gegenüber diesen Leuten zu tun haben: **"Eine der unentbehrlichen Voraussetzungen für die Vorbereitung des Proletariats auf seinen Sieg ist der lange entschlossene und unerbittliche Kampf gegen Opportunismus, Reformismus, Sozialchauvinismus und bürgerliche Strömungen dieser Art, die unvermeidlich sind, solange das Proletariat unter den Bedingungen des Kapitalismus handelt. Ohne diesen Kampf, ohne den vollständigen Sieg über den Opportunismus in der Arbeiterbewegung, kann von der Diktatur des Proletariats keine Rede sein."**

"...ich werde immer auf eurer Seite sein"

Liebe Genossen,

Seit einiger Zeit lese ich jetzt regelmäßig den ROTEN MORGEN und was ich da lese, spricht mir aus der Seele. Ich bin zwar schon 84 Jahre alt, aber noch geistig wach und verstehe recht gut, was ihr wollt.

Als mein Mann im I. Weltkrieg gefallen war (ich habe nicht mehr geheiratet) ging es mir wirtschaftlich sehr schlecht und ich mußte mit meinen zwei Kindern mit 2 Reichsmark am Tag auskommen. Die Pfaffen haben mich allesamt im Stich gelassen, nur die Kommunisten haben mir damals unter die Arme gegriffen. Ich verstand schon damals, daß die Kommunisten die reichen Säcke zum Teufel jagen wollten und werde mein Lebtag nicht die Re de von Rosa Luxemburg vergessen die ich gehört habe.

Wie damals, so auch heute sind es wieder die Genossen, die mir bei diesem oder jenem helfen, denn ich kann ja bei meinem Alter nicht mehr so wie ich möchte.

In der letzten Ausgabe des ROTEN MORGEN habe ich von einem Lehrling gelesen, der weil er Rotgardist war, entlassen wurde und jetzt keine Stelle mehr findet. Da ich noch von früher weiß, wie furchtbar die Arbeitslosigkeit ist, schicke ich euch 10 DM für arbeitslose Genossen.

Kämpft weiter, Genossen, ich werde immer auf Eurer Seite sein!

Rot Front, Johanna Z. aus Wiesbaden

Anmerkung: Die Redaktion des ROTEN MORGEN hat dem Rotgardisten Wolfgang von HDW über diesen Brief und die beigelegte Spende von 10 DM benachrichtigt Genosse Wolfgang sagte uns:

"Da durch den Kampf der Partei erreicht worden ist, daß ich vorerst wieder bei HDW arbeiten werde, und ich daher die Spende nicht mehr benötige, möchte ich sie an die Angehörigen des Genossen Günter Routhier weitergeben, die mit ihm einen Familienvater verloren haben, der im Kampf für die Interessen seiner Klasse und das ganzen Volkes gefallen ist. Ich bin sicher, daß das auch im Sinn der Genossin Johanna ist.

Rot Front!"

Revisionistisches

'UZ' verfälscht Nato-Erklärung

Zur Natoerklärung in Ottawa kommentiert die „UZ", Zeitung der D„K"P-Revisionisten, daß die Nato nach wie vor ein aggressiver imperialistischer Militärpakt sei, der sich gegen die ach so „friedliche" Sowjetunion richtet. Dabei zitieren sie aus Punkt 4 der Erklärung: „Gleichzeitig sind sie (die Mitglieder, d. Red.) sich darüber im Klaren, daß sich die ihre gemeinsame Verteidigung berührenden Umstände in den letzten zehn Jahren tiefgreifend verändert haben." Was in der „UZ" durch Auslassung völlig inhaltslos klingt, heißt in der Nato-Erklärung dann weiter: das strategische Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hat nahezu einen Zustand des Gleichgewichts erreicht... "

Was durch die Auslassung offensichtlich vertuscht werden soll: die unerhörte Aufrüstung des sowjetischen Sozialimperialismus hat dazu geführt, daß sich heute in Europa zwei scheinbar gleichschwerbewaffnete imperialistische Mächte gegenüberstehen, miteinander konkurrieren und sich gegenseitig bedrohen. Und die Gefahr eines imperialistischen Krieges in Europa sich verschärft hat.

Fussball weltmeisterschaft: 'UZ' jubelt mit

„Bei der WM geht's jetzt um die Wurst!" „Bundesrepublik will Torkonto erhöhen", „Zur Zeit keinerlei Verletzungssorgen!" „Stimmung bei BRD-Team angeknackst". Das sind nicht etwa Schlagzeilen von Sportzeitungen, sondern Meldungen aus der revisionistischen Zeitung „UZ" der D„K"P, allesamt von Seite 1.

Über die Funktionen dieser Weltmeisterschaft, über die Rolle des Sports im Kapitalismus, sucht man in der UZ vergebens. Kein Wort über die Polizeieinsätze im Zusammenhang mit dieser Fußballshow. Kein Wort über die Verhaftungen von Palästinensern, kein Wort darüber, wie dem deutschen Volk das Geld aus der Tasche gezogen wird, damit die Kapitalisten mit dieser Weltmeisterschaft ihre Profite machen können. Stattdessen spaltenlange Berichte, wer wann wie welches Tor gegen wen geschossen hat, Großaufnahmen der „Stars" und „hautnahe" Reportagen über das Wohlbefinden der Herren Kicker.

Gruppe 'Rote Fahne': Lenin 'korrigiert'

„Nach 20-jähriger CDU-Herrschaft und 5 Jahren SPD an der Regierung, hat sich der Staatsapparat zu einem riesigen Unterdrückungsapparat entwickelt... ", heißt es im Flugblatt der GRF zur Ermordung unseres Genossen Günter Routhier.

Haben wir bisher bei Lenin gelernt, daß jeder bürgerliche Staat ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse ist, so müssen wir uns jetzt von der GRF eines Besseren belehren lassen: Der Bonner Staat war nicht etwa vom Tage seiner Gründung an ein eine Unterdrückungsmaschinerie, er entwickelte sich erst dazu, im Lauf der Zeit, unter ungünstigen Bedingungen.

Nixon-Reisen:

Verschärfte Rivalität der Supermächte

Nachdem Nixon Ägypten, Saudi-Arabien, Syrien, Jordanien und Israel bereist hat, wird er am 27. Juni im Brüsseler Nato-Hauptquartier gemeinsam mit Vertretern der westeuropäischen imperialistischen Staaten die auf der Nato-Ministerratstagung in Ottawa (Kanada) beschlossene neue „Atlantikcharta" unterzeichnen. Anschließend wird Nixon für eine Woche nach Moskau reisen.

Wenn der oberste Repräsentant des US-Imperialismus seinen Fuß in ein anderes Land setzt, dann geht es niemals um "Friedensbemühungen", dann geht es um Ausplünderung und Knechtung, dann geht es auf jeden Fall um den Versuch, dieses Land unter das Diktat des US-Imperialismus zu zwingen.

So beschloß Nixon beispielsweise in Kairo mit der ägyptischen Regierung verschiedene Projekte, die Ägypten in stärkere Abhängigkeit vom US-Imperialismus bringen sollen. Das ganze läuft unter dem klingenden Namen "technische und wirtschaftliche Hilfe". Unter anderem wollen die US-Imperialisten in Ägypten ein Kernkraftwerk bauen und Atomreaktoren liefern. Außerdem haben sie ihre "Unterstützung" beim Wiederaufbau der Suezkanalzone zugesichert. Selbstverständlich wurde gleichzeitig vereinbart, daß die US-Imperialisten "wissenschaftliche, wirtschaftliche und technische Berater" mitschicken. **Der alte Trick: was von den US-Imperialisten geliefert wird, wird zwar auf ägyptischen Boden stehen, aber fest in der Hand der der US-Imperialisten bleiben.** Was die US-Imperialisten jetzt als "Hilfe" preisen, wird sich sehr schnell als Mittel der brutalen Erpressung herausstellen.

Es ist noch gar nicht so lange her, da warf Ägypten sowjetische 'Berater' hinaus, nachdem die sowjetischen Sozialimperialisten immer offener zur direkten Erpressung Ägyptens übergegangen waren. Diese Schlappe der sowjetischen Sozialimperialisten versuchen die US-Imperialisten jetzt auszunutzen. Die Sozialimperialisten ihrerseits hoffen, ihren Einfluß in Nahost zu halten bzw. auszubauen. So ist ein Treffen zwischen Sadat und Breschnew bereits vereinbart, vor dem Nixon-Besuch in Syrien erhielt die syrische Regierung ein langes Schreiben des Kreml-Häuptlings. Die Aktionen des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus in Nahost müssen vor dem Hintergrund der erbitterten Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft gesehen werden.

Obwohl Rivalen, haben die beiden Supermächte doch ein gemeinsames Interesse: den palästinensisch-arabischen Befreiungskampf zu unterdrücken. Dieser Kampf hat ihnen bereits schwere Schläge versetzt: die Erfolge, die die arabischen Völker auf dem Schlachtfeld gegen die Zionisten erringen konnten, die Schlappe der Sozialimperialisten, als die arabischen Länder diesen falschen "Freunden" eine entschiedene Absage erteilten, der Ölboykott, durch den nicht nur der US-Imperialismus schwer getroffen wurde, sondern durch den die gesamten Widersprüche zwischen den Imperialisten ungeheuer verschärft wurden. Vor allen Dingen aber jagt der Kampf des palästinensischen Volkes den Supermächten großen Schrecken ein, zumal die palästinensischen Kämpfer inzwischen eine ernstzunehmende Front in Israel eröffnet haben.

Im Kampf mit der Waffe in der Hand hat der palästinensisch-arabische Befreiungskampf große Fortschritte gemacht. **Die durch den Druck der Supermächte zustandegekommenen "Truppenentflechtungsabkommen" die sogenannten Genfer Friedensverhandlungen, alle Vorschläge einer sogenannten "politischen Lösung" werden dagegen keines der erklärten Ziele der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes verwirklichen können. Weder werden durch sie die vom Zionismus besetzten arabischen Gebiete befreit werden, noch wird das palästinensische Volk so seine souveränen Rechte wiedererlangen.**

Worum es den beiden Supermächten in Nahost geht, ist einerseits den Sieg des palästinensisch-arabischen Befreiungskampfes zu verhindern, die Situation weder Krieg noch Frieden aufrechtzuerhalten, um in der Rolle des "Vermittlers" ihre eigenen imperialistischen Ziele, die Unterwerfung der arabischen Länder unter ihr Diktat zu verwirklichen. Gleichzeitig aber versuchen der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus sich im Kampf um die Vorherrschaft auszustechen.

Diese verschärfte Rivalität der beiden Supermächte wird auch in der neuen "Nato-Erklärung" deutlich. Unter Punkt 4 heißt es: "Gleichzeitig sind sie (Nato-Mitglieder - RM) sich darüber im klaren, daß sich die ihre gemeinsame Verteidigung berührenden Umstände in den letzten zehn Jahren tiefgreifend geändert haben: das strategische Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hat nahezu einen Zustand des Gleichgewichts erreicht." In der Erklärung wird gleichzeitig betont, daß die US-Truppen in Westeuropa, vor allem also in der Bundesrepublik und Westberlin stationiert bleiben sollen. Auf dieser Nato-Ministerratstagung haben die US-Imperialisten ihre Vormachtstellung in der Nato bekräftigt. Auch wenn die Notwendigkeit gegenseitiger Konsultationen zwischen den Nato-Ländern an einigen Stellen betont wird, wodurch das gestiegene Selbstbewußtsein der westeuropäischen Imperialisten befriedigt werden soll, haben die US-Imperialisten sich doch nach wie vor das Recht vorbehalten, auch ohne Konsultation ihrer Bündnispartner zu handeln.

Nach der Unterzeichnung der NATO-Erklärung in Brüssel reist Nixon nach Moskau. Die Sozialimperialisten werden vor allem versuchen, Nixon zu einer beschleunigten Fortführung der sogenannten "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" zu drängen. Sie versprechen sich davon eine Verschärfung der Widersprüche zwischen dem US-Imperialismus und seinen westeuropäischen Bündnispartnern und damit bessere Bedingungen für ihr Eindringen in Westeuropa. Die US-Imperialisten haben ihrerseits auf der NATO-Ministerratstagung die westeuropäischen Imperialisten auf die Verzögerung der Konferenz eingeschworen und die klare Frontstellung gegen den Sozialimperialismus durchgesetzt.

Von dieser Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft geht sowohl für die Völker des Nahen Ostens wie auch für die Völker Europas gegenwärtig die Hauptkriegsgefahr aus.

Diese Tatsachen stellen die D"K"P-Revisionisten auf den Kopf. In einem UZ-Kommentar vom 12. Juni heißt es: „Seit 1972 sind die USA und die Sowjetunion, denen aufgrund ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft eine Schlüsselrolle in dem globalen Entspannungsprozeß zufällt, erfolgreich miteinander im Gespräch..." Aus den Hauptkriegstreibern werden "Entspannungsfreunde". Ihre Unterstützung der beiden Supermächte treiben die D"K"P-Revisionisten so weit, daß sie die weltweite Empörung gegen Nixon praktisch verurteilen und Nixon zum Freund der Völker hochjubeln:

"Deshalb wäre es in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse bedauerlich, wenn die innenpolitische Skandalszene der USA die hoffnungsvollen Aussichten der internationeln Politik trüben würden, Watergate und seine Folgen sollten auf das Territorium der Vereinigten Staaten beschränkt bleiben. Nixon ist der Repräsentant des bedeutendsten Staates der kapitalistischen Welt...; Staatsmännern, die Politik im Interesse der Völker betreiben wollen, bleibt keine andere Wahl: Sie müssen mit Nixon reden."

Aber die Völker Arabiens, das palästinensische Volk und die Völker Europas erkennen immer mehr, daß nur sie selbst eine Politik im "Interesse der Völker betreiben" können: Seite an Seite in der weltweiten antiimperialistischen Front – besonders gegen die beiden Supermächte.

US-Besatzer raus aus Deutschland!

Bewohner der Alphonsstraße und Passanten in der Neckarstadt (Mannheim) konnten am 12. Juni miterleben, wie sich die US-Besatzer hier als Herren aufspielen.

Gegen 23 Uhr nahmen zwei US-Polizisten einen schwarzen Soldaten fest wegen angeblicher Trunkenheit. Er leistete keinen Widerstand und wurde trotzdem mehrmals brutal mit dem Gummiknüppel geschlagen.

Genossen des „Kommunistischen" Bundes Westdeutschlands und der ROTEN GARDE (Jugendorganisation der KPD/ML) protestierten. Daraufhin wurde auch ihnen mit dem Gummiknüppel gedroht, „weil sie das nichts anginge". Als Antwort riefen die Genossen laut, daß die US-Besatzer hier aus Westdeutschland verschwinden sollten.

Die riefen inzwischen Verstärkung, außerdem deutsche Polizei.

Die Genossen ließen sich jedoch nicht einschüchtern und diskutierten mit dem nüchternen Schwarzen, der aus dem Jeep gestiegen war, ohne daß die Militärpolizei wagte, ihn zu hindern. Er sagte den Genossen, daß sie mit Schwarzen immer so umgingen. Die Genossen erklärten ihm, daß sie überzeugt seien, daß die schwarzen Werktätigen in den USA an der Seite ihrer weißen Klassenbrüder ihre Freiheit mit dem Gewehr erkämpfen werden, genauso wie die deutsche Arbeiterklasse die US-Besatzer von deutschem Boden vertreiben wird.

Auf einmal blitzten überall Blaulichter: Die US-Polizei sperrte mit mehreren Jeeps die Straße ab. Jetzt wuchs die Empörung der Bevölkerung weiter an. Und von den Fenstern und Balkonen riefen einige von ihnen mit den Genossen „Ami go home!"

Zwar konnten sie nicht verhindern, daß sie den Soldaten mitnahmen. Dafür diskutierten sie aber weiter mit Passanten, wie der Kampf gegen die US-Besatzer geführt werden muß. Dann kam deutsche Polizei und behauptete, die Genossen würden die Ruhe stören, sie sollten nur mal schauen, wie viele Leute am Fenster wären! Sie zogen allerdings schnell wieder ab – denn auch für sie war nicht zu übersehen, daß diese Leute sich nicht über die Genossen empörten, sondern über die US-Besazter und die deutsche Polizei.

Anmerkung: Dieser Bericht (hier geringfügig verändert – RM) wurde von Genossen des „K"BW und der ROTEN GARDE gemeinsam geschrieben und an die „Kommunistische" Volkszeitung und an den Roten Morgen geschickt.

Vom Aufbau des Sozialismus

Besuch in einem chinesischen Kindergarten

Kindergärten gehören heute in der Volksrepublik China zu den meisten Betrieben. Nehmen wir das Kraftfahrzeugwerk Nr. 1 in Changchun. Die Parteiorganisation hat hier eine besondere Abteilung für Kinderfürsorge eingerichtet und zehn Kindergärten mit 3 700 Kindern aufgebaut. Der Betrieb stellt für die Kindergärten jedes Jahr mehr als 100 000 Yuan zur Verfügung. 6 besondere Busverbindungen wurden eingerichtet, damit die werktätigen Mütter ihre Kinder dorthin bringen können.

Jeder Kindergarten hat 4 Klassen, darunter eine für Babies. Um den Kindern zu helfen, ihre moralischen, intellektuellen und physischen Kräfte zu entwickeln, wird in den höheren Klassen chinesische Sprache, Musik, Rechnen, Zeichnen und Sport auf kindgemäße Art unrichtet. Einige einfache Kenntnisse über Industrie, Landwirtschaft und andere Arbeitsbereiche werden ihnen ebenfalls beigebracht. Bei allem wird darauf geachtet, daß die Kinder Achtung vor der körperlichen Arbeit entwickeln.

Im Kindergarten sind ganztägig Ärzte und Krankenschwestern beschäftigt, die über die Gesundheit der Kinder wachen. Jeden Tag wird die Temperatur der Kinder gemessen, regelmäßig wird ihre Größe und ihr Gewicht gemessen. Sie werden außerdem geimpft.

Die Eltern der Kinder sind mit diesen Kindergärten sehr zufrieden. Sie beeindruckt vor allem die Fürsorge des Pflegepersonals für ihre Kinder. Können die Eltern zum Beispiel abends einmal ihre Kinder nicht pünktlich abholen, oder müssen sie einmal an einem Feiertag arbeiten, so opfern die Kindergärtnerinnen gerne ihre Freizeit, um auf die Kinder achtzugeben.

Studienkurse für junge Leute auf dem Lande

Ein Dutzend Schanghaier Kollegien und Universitäten bereitet Fernkurse für rund 30 000 junge Leute auf dem Land vor. Beabsichtigt ist, ihnen zu helfen, die revolutionäre Theorie zu studieren und Wissen auf dem Gebiet des Klassenkampfes, des Produktionskampfes und des wissenschaftlichen Experiments zu erwerben.

Dies ist eine Neuheit im chinesischen Erziehungswesen, die in der Bewegung der Kritik an Lin Biao und Konfuzius entstanden ist. Die angebotenen Fächer umfassen Politik, chinesische Sprache, Agrikultur, Medizin und öffentliches Gesundheitswesen. Alle abgestimmt auf die Bedürfnisse der ländlichen Gebiete. Jeder Kurs dauert ein halbes Jahr oder ein Jahr. Die Studenten sind in Gruppen nach Fächern und Wohngebieten zusammengefaßt. Heimstudium ist mit Gruppendiskussionen kombiniert. Sie bekommen ihr Lehrmaterial vom Schanghaier Kolleg und andern Universitäten und können sich mit jedem auftauchenden Problem an sie wenden. Lehrer von den Kollegien und Universitäten besuchen die lokalen Zentren regelmäßig, um den Studenten zu helfen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Revisionisten in Portugal:

Verrat an den Interessen des portugiesischen Volkes

Daß das Zentralorgan der revisionistischen "K"P Portugals, das mehr als 30 Jahre lang verboten war, seit dem Sturz der Caetano-Faschisten im Verlag eines der größten und mächtigsten portugiesischen Kapitalisten gedruckt wird, ist nur ein kleines Beispiel für die enge Zusammenarbeit zwischen der Bourgeoisie und ihrem Agenten in der Arbeiterbewegung, der Revisionistenpartei. Tatsächlich sind die modernen Revisionisten in Portugal das Trumpf-As, auf das die US-Imperialisten und die einheimischen Ausbeuterklassen setzen im Kampf um die Erhaltung ihrer Herrschaft.

Der Sturz des Caetano-Faschismus und das Zugeständnis gewisser "demokratischer" Rechte an die kämpfenden Volksmassen haben das Volk keineswegs eingelullt, wie die US-Imperialisten, die Portugal ausplündern, und die portugiesische Bourgeoisie hofften. Das Volk kämpft nicht allein mehr für Existenzlohn und politische Freiheiten. Immer klarer entwickelt sich die Kampffront gegen den gesamten, bürgerlichen Staatsapparat, für den Sozialismus. Tausende von Flugblättern, viele revolutionäre Zeitungen propagieren den Kampf für die sozialistische Revolution. Das Volk selbst warf reaktionäre Beamte hinaus, die Kämpfe der Postarbeiter, die Kämpfe von Soldaten, die sich weigern, nach Afrika auszufliegen, viele der Streiks richten sich direkt gegen den bürgerlichen Staat.

Diese Kampffront mit Drohungen und demagogischer Hetze von innen her zu zersetzen ,das ist die Aufgabe der modernen Revisionisten. Aus keinem anderen Grund wurden sie von Spinola in die Regierung berufen. Geschickt haben die portugiesischen Kapitalisten diesen Verrätern gerade solche Posten zugeschanzt, in denen sie ihr Geschäft des Lugs und Betrugs am besten tarnen können: Der „kommunistische" Arbeitsminister Goncalves versucht momentan, die portugiesische Arbeiterklasse damit auszusöhnen, daß die Regierung den Höchstlohn auf 400 DM festsetzte, ein Hungerlohn, weit unter dem Existenzminimum, während die Kollegen für 700 DM streikten. Die Tageskämpfe abzuwiegeln, das ist seine Aufgabe. Die portugiesischen Arbeiter sollen glauben, in den Händen eines Ministers, der sich "Kommunist" nennt, seien ihre Interessen gut aufgehoben. Cunhal, der Vorsitzende der "K"P Portugals, wurde zum "Minister ohne Geschäftsbereich" bestellt mit keiner anderen Aufgabe, als revisionistische Propaganda im "Namen der Regierung" zu verbreiten.

Durch seinen Mund predigen die portugiesischen Kapitalisten dem Volk die verlogene "Theorie", der Sozialismus sei nur zu erreichen auf dem Weg über eine rundherum einwandfreie, bürgerliche "Demokratie". Cunhal wird nicht müde, das Volk zu beschwören: "Die Demokratie ist noch lange nicht verwirklicht!" Daß jeder bürgerliche Staat, gleichgültig, wie demokratisch er sich gibt, eine mehr oder weniger versteckte Diktatur der Kapitalisten über das Volk ist – darüber verlieren die Bonzen der "K"P Portugals kein Sterbenswörtchen! Sie malen das Schreckgespenst eines "faschistischen Gegenputsches" an die Wand, gegen den die Arbeiterklasse die "Demokratie" verteidigen soll. So versuchen sie, die bürgerliche Diktatur in Portugal als einen "Staat des Volkes" hinzustellen und die Volksmassen an diesen Staat zu fesseln.

Wer den Faschismus schlagen will, der muß den bürgerlichen Staat stürzen, gleichgültig, hinter welcher „demokratischen" Maske die Bourgeoisie ihre Diktatur versteckt. Jeder bürgerliche Staat birgt für das Volk die Gefahr der unverhüllten, faschistischen Diktatur. Die Revisionisten jedoch predigen nichts anderes als die Klassenversöhnung zwischen dem Proletariat und einem angeblich fortschrittlichen Teil der Kapitalistenklasse, propagieren das "Bündnis" zwischen der unterdrückten Arbeiterklasse und dem bürgerlichen Staatsapparat und seiner Armee. Das ist die gleiche Verräterpolitik, mit der die Revisionisten in Chile das Volk dem Faschismus auslieferten.

So sind es die modernen Revisionisten, die in Portugal an vorderster Front die Reaktionäre unterstützen und jeden bis aufs Messer bekämpfen, der ihre gefährlichen Intrigen entlarvt. Mit beiden Händen griffen sie zu, als Spinola ihnen Ministersessel anbot, haben sie "Regierungsverantwortung" übernommen für die bürgerliche Diktatur. Die volksfeindlichen Gesetze und Dekrete Spinolas sind von ihnen gebilligt, wie von jeder anderen Partei des Kapitals. Dem konsequenten antifaschistischen Kampf des Volkes stellen sie sich überall in den Weg. Als nach dem Putsch der Junta die Arbeiter in Betrieben und Verwaltung damit begannen, die Funktionäre der Caetano-Faschisten zu bestrafen, da schrieen die Revisionisten hysterisch: "Halt Kollegen! Überlaßt diese Aufgabe dem Staat!" Mit fast den gleichen Worten erklärte Spinola selbst den antifaschistischen Kampf zu einer Aufgabe des bürgerlichen Staatsapparates. Die erste Erklärung der "K"P Portugals als Regierungspartei war ein übles Pamphlet gegen Revolutionäre und Marxisten-Leninisten, die den Kampf des Volkes vorantreiben. Nicht zu Protestmärschen gegen die von Spinola verhängte Pressezensur, nicht zu Demonstrationen gegen die Verhaftung eines Revolutionärs und das Verbot revolutionärer Zeitungen, gegen die Einkerkerung revolutionärer Soldaten, rief die Cunhal-Clique auf, sondern zu Kundgebungen gegen "linke Abenteurer, die die Reaktion unterstützen". Nicht gegen die Hungerlöhne und die unverschämte Inflation von 20 % rufen die Revisionisten zum Kampf auf, sondern gegen streikende Kollegen wie die Postler von Lissabon, deren Streik sie als "reaktionär und gegen den Staat gerichtet" beschimpften. Am 1. Mai übernahmen sie freiwillig die Rolle der Polizei, bewachten die Maidemonstrationen, bereit, gegen "linke Störer" mit reaktionärer Gewalt vorzugehen. Auch gegenüber den afrikanischen Völkern üben sie Verrat auf der ganzen Linie: Nicht sofortiger Abzug der Besatzertruppen ist die Losung der "K"P Portugals, sondern eine zweijährige "Übergangsphase", in der die Völker Afrikas angeblich "Selbstverwaltung" lernen sollen – von den portugiesischen Kolonialisten!

Die "K"P Portugals, dieser Todfeind des portugiesischen Volkes, hat eine lange Tradition des Verrats und des Betrugs an der Arbeiterklasse. Als einer der ersten schloß sich Cunhal der Chruschtschow-Clique an, führte er einen wütenden Kampf auf den Moskauer Konferenzen gegen die Kommunistischen Parteien Chinas und Albaniens. Als einer der ersten pries er den imperialistischen Überfall der Sowjetunion auf die Tschechoslowakei als Beispiel des "Proletarischen Internationalismus". Der Kampf des portugiesischen Volkes für den Sozialismus, gegen Faschismus und bürgerliche Diktatur kann nur siegreich sein, wenn diese Verräter vollständig entlarvt, ihr Einfluß in der Arbeiterbewegung zerschlagen wird.

Polizeimord in England

Kevin Gately, 21 Jahre alt, Student, wurde am 15. Juni von der Polizei erschlagen. Gately starb vier Stunden nach einem brutalen Polizeiüberfall auf Antifaschisten in London, die gegen eine Faschistenkundgebung protestierten. Viele andere fortschrittliche Menschen wurden verletzt.

Wie unser Genosse Günter Routhier, starb Kelvin Gately an einer Gehirnblutung. Sie wurde hervorgerufen durch Schläge auf den Kopf. Nicht anders als die deutschen Polizeischläger, versuchte auch die englische Polizei diesen Mord zu vertuschen, im Bündnis mit reaktionären Ärzten: Im ersten Obduktionsbericht hieß es, die Gehirnblutung sei „spontan" entstanden, äußere Verletzungen wären nicht festzustellen. Wie sich die „wissenschaftlichen Gutachten" der Bourgeoisie gleichen! Die Welle der Empörung, die der Tod Gatelys auslöste, erzwang ein zweites Gutachten: Gehirnblutung, ausgelöst durch einen Schlag auf den Kopf.

60 Demonstranten wurden nach Meldungen der bürgerlichen Presse bei dieser Straßenschlacht verhaftet. Doch die Antifaschisten ließen sich nicht wehrlos niederknüppeln! 40 Polizisten mußten, teilweise schwer verletzt, zum Arzt geschickt werden.

Diese neuen Kämpfe, die schwersten in London seit etwa 5 Jahren, zeigen: Auch in England wächst der Kampf gegen politische Unterdrückung und Polizeiterror. Kurz nach dem Mord wurde ein Anschlag auf das Londoner Parlament verübt. Die Hungerstreiks politischer Gefangener, die machtvollen Demonstrationszüge bei der Überführung des im Gefängnis ermordeten irischen Patrioten Gaughan, der Kampf der englischen Arbeiterklasse gegen den Terror britischer Truppen in Irland, Sabotageakte und Anschläge überall in England – sie alle bekunden den unbeugsamen Willen der Arbeiter und der übrigen Werktätigen, den Kampf gegen die bürgerliche Diktatur bis zum siegreichen Ende zu führen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)



32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle)
206 Meter entspricht 1.456 khz.

RADIO PEKING

19.00 – 19.30
21.00 – 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

KMLP Ecuadors zum Prozeß des Genossen Ernst Aust

Hoch die Internationale Solidarität!

Im Juni und Oktober letzten Jahres stand Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, in Hamburg vor Gericht. Mit seinem revolutionären Kampf solidarisierten sich nicht nur fortschrittliche Menschen in Westdeutschland und Westberlin, sondern auch aus anderen Ländern. Wir drucken hier in Auszügen einen Artikel aus dem Zentralorgan der KMLP Ecuadors ab, der kurze Zeit nach den Prozessen in „En Marche" erschien.

Unter dem Titel: „Revolutionäre Solidarität mit dem Genossen Ernst Aust, der verurteilt wurde, weil er die Verbrechen des deutschen Imperialismus angeprangert hat" veröffentlichte „En Marche" das Organ der kommunistischen marxistisch-leninistischen Partei Ecuadors einen Artikel, der über die Angriffe der westdeutschen Bourgeoisie auf Genossen Ernst Aust und die KPD/ML berichtet.

Der Artikel bekundet die Solidarität der KMLP Ecuadors mit dem Kampf des deutschen Volkes, der Partei und im besonderen des Genossen Ernst Aust vor den Schranken des bürgerlichen Gerichts. Im Artikel heißt es unter anderem: „Schon bevor der Prozeß begann, war für die Bourgeoisie bereits klar: Ernst Aust muß verurteilt werden. Mit Hilfe dieses Prozesses hoffte die herrschende Klasse gegen die KPD/ML den § 129 des Strafgesetzbuches anwenden und die Partei als kriminelle Vereinigung verbieten zu können. Es gibt jedoch kein Gericht, das Genossen Ernst Aust einschüchtern könnte. Er ging als wahrer Revolutionär gegen die bürgerliche Klassenjustiz in die Offensive und machte sie zur Angeklagten. Die Zellen der Partei verteilten Tausende Flugblätter und organisierten den Protest gegen den Justizterror der Bourgeoisie."

Im Artikel heißt es dann, nachdem aus der Anklagerede des Genossen Ernst Aust zitiert worden war, abschließend: **„Unter diesen Umständen erklärt die KMLP de Ecuador ihre völlige Solidarität mit ihrer Bruderpartei, der KPD/ML, auf der Grundlage der revolutionären Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Freundschaftliche Grüße dem Genossen Ernst Aust, dem Vorsitzenden der Partei, der sich mutig verteidigt hat und sich wie ein Führer der Partei des deutschen Proletariats geschlagen hat.**

Es lebe die Einheit und revolutionäre Verbundenheit unserer beiden Parteien und Völker im Kampf gegen den Imperialismus, den Sozialimperialismus und die weltweite Reaktion!

Aus aller Welt

Vietnam

Aus Anlaß des 5. Jahrestages der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam fand am 5. Juni im befreiten Gebiet, in der Provinz Quang Tri eine große Versammlung statt, in der der Präsident Nguyen Huu in einer Rede die Situation in Südvietnam seit Unterzeichnung des Pariser Abkommens analysierte. "Angesichts der Ränke und Aktionen der US-Imperialisten und ihrer Handlanger ist es die unverzügliche Aufgabe des südvietnamesischen Volkes, die Nationale Einheitsfront zu stärken, beharrlich den Kampf auf den drei Gebieten, dem politischen, militärischen und diplomatischen, voranzutreiben und die Vereinigten Staaten und die Saigoner Administration zur strikten Einhaltung und genauen Verwirklichung des Pariser Abkommens zu zwingen." Die revolutionären Kräfte in jeder Hinsicht aufzubauen und weiterzuentwickeln ist die sichere Garantie für den Sieg der Revolution in Südvietnam, hob Nguyen Huu hervor.

Kambodscha.

Im Monat Mai gelang es den Truppen der Nationalen Befreiungsarmee von Kambodscha mehr als 14 000 Mann der Lon-Nol-Truppen zu vernichten, zu verwunden oder gefangen zu nehmen. Darüber hinaus gelang es ihnen, eine große Anzahl Waffen zu erbeuten, sowie 24 feindliche Panzer und Panzerwagen zu zerstören, 25 feindliche Schiffe zu versenken, 2 Flugzeuge abzuschießen sowie 80 Lagerplätze zu zerstören. Durch die Aktionen der Nationalen Befreiungsarmee von Kambodscha konnten über 12 000 Einwohner befreit werden.

USA

300 Besatzungsmitglieder des US-Flugzeugträgers Midway hielten in Yokosuka (Japan), wo die Midway zur Zeit an einer US-Marinebasis ankert, eine Versammlung ab, um gegen die Lebensbedingungen und die Rassendiskriminierung an Bord des US-Kriegsschiffes zu protestieren. Etwa 100 Marinesoldaten sind im Anschluß an die Versammlung desertiert.

Am 3. Juli in Würzburg:

Berufungsverhandlung des Genossen Aust

Am 3. Juli findet vor dem Landgericht Würzburg die Berufungsverhandlung des Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, statt. Das Amtsgericht Würzburg hatte Genossen Ernst Aust im Februar mit Methoden der Geheimjustiz zu einer Geldstrafe von 5.400 DM verurteilt, ohne daß Genosse Ernst die geringste Möglichkeit hatte, vor Gericht auszusagen.

Der Rote Morgen hatte am 23. 10. 1972 einen Artikel zur Ermordung von arabischen Guerillas und israelischen Geiseln auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck während der Olympiade veröffentlicht. Titel: „Auch Geiseln von Polizei erschossen.“ Was auch bereits in bürgerlichen Zeitungen zu lesen war, daß die Einschußbahnen der Geiseln mit den Geschoßbahnen der Polizei übereinstimmten – beim Roten Morgen war das für die Bourgeoisie „üble Nachrede“. Genosse Ernst Aust, damals verantwortlicher Redakteur des Roten Morgen, erhielt prompt einen Strafbefehl über 5.400 DM.

Mit dem Strafbefehl hatte die Bourgeoisie bereits versucht, einen Prozeß zu umgehen – denn ein Prozeß gegen den Vorsitzenden unserer Partei wird für sie, wie sie von den Erfahrungen her weiß, stets eine Niederlage. Da Genosse Ernst Einspruch gegen den Strafbefehl erhob, mußte dennoch ein Prozeßtermin anberaumt werden. Heimtückisch nutzte die Klassenjustiz dabei eine Herz- und Kreislauferkrankung des Genossen Ernst aus. Zum vorgesehenen Verhandlungstermin konnte er nicht anreisen – er sandte ein Attest seines Hausarztes dem Gericht zu.

Plötzlich aber erschien in Hamburg bei dem Genossen Ernst ein Gerichtsarzt in Begleitung eines Polizeibeamten. Ohne Genossen Ernst davon zu unterrichten, schrieb dieser Justizbüttel ihn reise- und verhandlungsfähig. Das gab sogar die Staatsanwaltschaft in Würzburg offen zu.

So wurde Genosse Ernst in einem heimlichen Schnellverfahren zu 5.400 DM Strafe verurteilt, wurde, um den Kampf der Partei zu unterlaufen, in aller Stille ein Anschlag auf die kommunistische Agitation und Propaganda verübt.

Genosse Ernst Aust hat gegen dieses Vorgehen Protest eingelegt und ein Wiedereinsetzungsverfahren verlangt, weil er an der Teilnahme des Prozesses behindert worden ist. Doch das Gericht lehnte dies ab und stellte sich damit offen hinter ihre Methoden der Geheimjustiz.

Die Berufungsverhandlung, die Genosse Ernst daraufhin verlangte, findet jetzt am 3. Juli im Würzburger Landgericht, Ottostr. 5 um 8.30 Uhr im Sitzungssaal 333/III statt.

Grundgesetzprozeß in Kiel:

Kampf dem reaktionären Grundgesetz

Seit dem 6. Juni stehen in Kiel 11 Genossen vor Gericht, weil sie im letzten Jahr an vorderster Front von 1.500 Studenten verhindert haben, daß Prof. Weichmann, einer der „Väter des Grundgesetzes“, auf einer Veranstaltung zum Thema „Grundgesetz in Not?“ seine Hetztiraden gegen fortschrittliche und revolutionäre Studenten an der Kieler Universität halten konnte.

In diesem Prozeß geht es nicht nur darum, daß eine Veranstaltung gewaltsam verhindert wurde, sondern wie es in dem Beschluß des II. Strafsenats des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichtes heißt: Den Angeklagten wird zur Last gelegt „der gezielte Einsatz strafrechtlich mißbilligten Verhaltens im politischen Kampf gegen die geltende Verfassung und ihre Verfechter“. Verurteilt werden soll der Kampf gegen das Grundgesetz und seine Propagandisten überhaupt.

Die Partei entlarvte dies im Prozeß von Anfang an und führte offensiv auch vor den Schranken des bürgerlichen Klassengerichts den Kampf gegen das reaktionäre Grundgesetz.

Anders der „K“BW. Diese Opportunisten führen nicht den Kampf gegen das reaktionäre Grundgesetz, gegen die Klassenherrschaft, sondern – wie diese Organisation vor Gericht behauptete – ihr geht es lediglich darum, daß die Reaktionäre damals zur Rechtfertigung ihrer Handlung gezwungen werden sollten. Ihr Opportunismus geht dabei so weit, daß die mitangeklagten Sympathisanten und Mitglieder dieser Organisation sich vor den Gerichtsschranken der Bourgeoisie offen von dem angeklagten KSB/ML-Genossen Hartmut S. distanzieren, der auch dort mutig den Kampf gegen das Grundgesetz, gegen die Diktatur der Bourgeoisie führt. Ihr Opportunismus geht soweit, daß sie die Solidarität mit unserem Genossen mit Füßen treten und damit dem Angriff der Bourgeoisie, ihrem Verbot des Kampfs gegen das Grundgesetz freien Lauf lassen, den Genossen aber praktisch ausliefern.

Auch am 2. Prozeßtag, als der Richter Polizei aufmarschieren ließ, um die Öffentlichkeit auszuschließen und aus dem Saal zu knüppeln, weil sie die Angeklagten durch Beifall und Zurufe in ihrem Kampf unterstützten, zeigte sich der Kampf der zwei Linien. Während der „K“BW sich heimlich verdrückte mit der Aufforderung, keinen Widerstand zu leisten, kämpfte die Partei, um die Räumung zu verhindern. Aber es war eben dieser „K“BW, der sich heimlich verdrückt hatte, der unsere Partei dafür verantwortlich machen wollte, daß der Saal geräumt worden sei. Wiederum stellten sie sich damit vor das bürgerliche Klassengericht und gegen die Partei.

Trotzdem hielt die Partei aber stets daran fest, sich gegenüber den mitangeklagten „K“BW-Genossen solidarisch zu verhalten und ihnen geduldig zu erklären, warum die Politik und die Linie ihrer Organisation opportunistisch sei. So war es ein Sieg der revolutionären Linie, daß die 11 Angeklagten nach Ausschluß der Öffentlichkeit aus Protest dem Gerichtssaal fernblieben. Obwohl danach Haftbefehl gegen die Angeklagten erhoben worden war, gelang es am nächsten Tag eine öffentlich angekündigte Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude abzuhalten, auf der die Angeklagten im Schutz der Genossen sprechen konnten. Das Gericht sah sich schließlich gezwungen, den Haftbefehl wieder aufzuheben. Denn trotz Ausschluß der Öffentlichkeit, trotz großem Polizeiaufgebot, gelang es den Genossen immer wieder, ins Gericht einzusickern und laut durch die Gänge Parolen zu rufen.

Den Ausschluß der Öffentlichkeit beantwortete die Partei damit, daß sie noch mehr als vorher die Kollegen in den Betrieben durch Flugblätter informierte, in den Stadtteilen zu Veranstaltungen aufrief und überall mit der Bevölkerung diskutierte, warum der revolutionäre Kampf gegen das reaktionäre Grundgesetz sowie gegen seine Propagandisten geführt werden muß, warum sich dieser Kampf auch gegen die D„K“P-Revisionisten richten muß, die nach der Aktion gegen Weichmann behauptet hatten: „Wer die Studenten gegen das Grundgesetz in den Kampf führt, führt sie in die Sackgasse“, und warum einzig die revolutionäre Linie der KPD/ML der Arbeiterklasse einen Ausweg aus der Ausbeuterherrschaft weist.

Offener Brief an den Genossen Sascha

Vor kurzem schrieb das Solidaritätskomitee „Für die sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi“ in München einen offenen Brief an Genossen Sascha. Darin heißt es unter anderem:

“Wir organisierten in einigen Stadtteilen Stände, auf denen Unterschriftenlisten und Literatur auslagen. Dazu verteilten wir Flugblätter und diskutierten. Da viele Menschen sich bereit zeigten, auch in Form einer Spende ihren Solidaritätsbeitrag zu leisten, führten wir eine Straßensammlung durch. **4 Tage lang standen wir in der Fußgängerzone mit unseren Büchsen, sammelten 700 DM und verteilten für jede Spende einen Anstecker.** Es wäre sicher noch mehr geworden, wenn außer der KPD/ML sich noch andere Organisationen an der Aktion des Solidaritätskomitees beteiligt hätten, wie sie es versprochen hatten.

Daß die Massen mit ihrer Solidarität noch viel mehr bereit waren, zeigten viele Beispiele: So erklärte sich ein Mädchen spontan bereit, Dich zu heiraten, wenn man damit etwas erreichen könne.

Als Höhepunkt dieser Solidaritätsbewegung organisierte das Solidaritätskomitee. . . eine Großveranstaltung im Schwabingerbräu. Die AP-Truppe der KPD/ML führte dazu ein Stück auf, das die Machenschaften der Bourgeoisie entlarvte und Deinen Kampf, den Kampf der Massen unter Führung der Kommunisten mit ihrer Partei, der KPD/ML, zeigte. Da die Bourgeoisie nicht gewillt war, dies so hinzunehmen, versuchte sie, uns zu provozieren. Mit 4 Hundertschaften, Einsatzkommandos, Saalschlachttrupps mit Helmen, Schilden und Knüppel und einer Menge Popos, die in den Saal eindrangen, versuchten sie uns einzuschüchtern. Klar, daß sie das nicht schafften. . .

In München hat das Solidaritätskomitee bereits 1500 Unterschriften gesammelt (insgesamt sind es in München an die 3000). . Unser Kampf ist ein Erfolg, weil wir auf die Massen vertrauen, weil wir alle Tendenzen von Zurückweichlertum scharf bekämpfen und klar gegen die Bourgeoisie und ihre Handlanger kämpfen. . .

Nur so wird unser Kampf auch den Sieg bringen, Deine Einbürgerung.

Mit solidarischen Grüßen und einem kräftigen Rot Front
Solidaritätskomitee für die sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi“

Spenden für politisch Verfolgte an:
Konto Karin Wagner
Dresdner Bank, Zweigstelle 46 Dortmund, Borsigplatz, Kto Nr. 81355107

SPENDENKONTO DER ROTEN HILFE:
Held, Stadtsparkasse Gelsenkirchen
Girokto Nr.: 222086335

Kiel: Sofortige Zulassung des KSB/ML als Hochschulorganisation!

Seit Dezember des letzten Jahres kämpft der KSB/ML an der Pädagogischen Hochschule in Kiel um seine Zulassung als Hochschulorganisation. Auf drei Konventssitzungen wurde der Tagesordnungspunkt KSB/ML bisher vertagt. Auf der letzten Sitzung am 22. 5. wurde dieser Punkt auf Antrag des Rektors gegen den Protest von ca. 50 anwesenden Studenten ohne Diskussion gestrichen. Der AStA enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme.

In einem Flugblatt des KSB/ML heißt es dazu:

„Auf folgende Weise soll der Einfluß des KSB/ML an der PH ausgeschaltet werden: Die Entscheidung des Rektorats und des Kultusministeriums ist die rechtliche Grundlage, um
– uns ein Wandbrett zu verweigern;
– uns Wandzeitungen zu verbieten und sie ständig abzureißen;
– bei der nächstbesten Gelegenheit unseren Büchertisch zu verbieten;
– unsere Flugblattverteilung zu unterbinden;
– den KSB/ML von den StuPa-Wahlen (Wahlen zum Studentenparlament – RM) auszuschließen, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.“

Die Verweigerung der Zulassung als Hochschulorganisation läuft so auf nichts anderes hinaus als auf den Versuch, den KSB/ML an der PH Kiel auf kaltem Wege zu verbieten. Dem KSB/ML soll die politische Betätigung verboten werden, weil er, wie Rektor Hampel auf einer Vollversammlung der Studenten sagte, die bewaffnete Revolution propagiert und somit nicht auf dem Boden der „freiheitlich-demokratischen Ordnung“ stünde. Davor, daß solche Gedanken unter zukünftigen Volksschullehrern Wurzeln schlagen, hat die Bourgeoisie natürlich besondere Angst.

Aber die Genossen werden, wie sie in einem Bericht schreiben, den Kampf massiv weiterführen. „Auch an der PH Kiel läßt sich der Kommunismus nicht verbieten. Wir werden auch in Zukunft, mit oder ohne Genehmigung, an der PH den ROTEN MORGEN verkaufen, unseren Büchertisch aufstellen, unsere Wandzeitungen aufhängen und kommunistische Flugblätter verteilen. Die Gesetze der Bourgeoisie sind nicht unsere Gesetze.“

Antwort auf wachsende Kampfkraft der Lehrer

Antikommunistenbeschluss der GEW

Mit demagogischen Tiraden gegen die Bildungspolitik der Bundesregierung begann GEW-Boss Frister den Pfingstkongreß der GEW. DGB-Vorsitzender Vetter wetterte unter dem Beifall der D„K“P gegen die Berufsverbote als „ungeheuerliche Angriffe auf die Gewerkschaften“.
Schon am nächsten Tag allerdings erwies sich, daß diese „radikalen“ Töne nichts anderes waren als der Auftakt zu einem gezielten Schlag gegen alle oppositionellen, fortschrittlichen und vor allem kommunistischen Tendenzen in der GEW.

Alle gefaßten Beschlüsse dienten diesem Ziel: die Aberkennung des Stimmrechts für Studenten, die Zentralisierung aller wichtigen Kompetenzen bei der Bundesorganisation, die Schaffung zentraler Schiedskommissionen zum Ausschluß von Mitgliedern und zur Zensierung von Aktionen der unteren Organe. Weiter die alleinige Übertragung des Rechts zu Streikaufrufen an den Bundesvorstand, sowie die Möglichkeit zur Einsetzung kommissarischer Ortsvorstände von oben. **Und vor allem die Durchpeitschung des berüchtigten Antikommunistenbeschlusses.**

Ausdrücklich wurde betont, daß die D„K“P von diesem Beschluß ausgenommen sein soll. Damit wird der GEW-Apparat auf der einen Seite in Zukunft kommunistische und revolutionäre Lehrer ans Messer liefern – denn für einen Lehrer, der nach dem Beamtengesetz der Treue zum Staat verpflichtet ist, bedeutet ein Gewerkschaftsausschluß als Verfassungsfeind die sichere Entlassung. Damit wird der GEW-Apparat auf der anderen Seite Hand in Hand mit dem kapitalistischen Staatsapparat ein Scheingefecht um vom „Berufsverbot“ betroffene Professoren und Lehrer wie den Revisionisten Holzer führen mit dem einzigen Ziel, das Image der D„K“P als „radikaler Partei“ aufzupolieren.

Es ist kein Zufall, daß der GEW-Apparat gerade jetzt seine Zentralisierung und die politische Unterdrückung seiner Mitglieder so weit vorangetrieben hat, daß er gerade jetzt gezwungen ist, einen Trennungsstrich zwischen den Revisionisten der D„K“P und den Kommunisten und anderen fortschrittlichen Lehrern zu ziehen.

Lange Zeit gelang es dem kapitalistischen Staatsapparat mit dem Beamtengesetz in der einen und sogenannten linken Bildungsexperimenten in der anderen, die Lehrer ruhig zu halten. Die GEW konnte in dieser Zeit mit massiver Unterstützung der D„K“P die unzufriedenen Lehrer mit ihrem reformistischen Geschwätz betrügen.

Inzwischen hat sich das geändert. Die Empörung und die Kampfkraft der Lehrer ist gewachsen. Gerade die jungen Lehrer empören sich in Massen gegen die miserablen Arbeitsbedingungen, die übergroßen Klassen und die Überstundenklopperei. Sie wehren sich gegen politische Bespitzelung und Unterdrückung durch den „Radikalenerlaß“. Und nun droht ihnen die Bourgeoisie durch das geplante Besoldungsneuordnungsgesetz auch noch finanzielle Verschlechterung an. Grundschullehrer sollen in der Besoldungsgruppe A 12 festgefroren, teilweise sogar nach A 12 zurückgestuft werden. Unter diesen Bedingungen weigern sich immer mehr Kollegen, den Kindern der Arbeiter bürgerliche Ideologie einzutrichtern. Mehr und mehr Kollegen sehen sich als Verbündete der Eltern ihrer Kinder, d. h. der Arbeiterklasse. Sie werden offen rebellisch.

Das hat sich in der GEW in einer breiten, spontanen oppositionellen Bewegung niedergeschlagen. So wurden an vielen Orten verrufene Einpeitscher der „Beamtentreue zum Staat“ von ihren Posten abgewählt. Auf den Kundgebungen der GEW hörten die Kollegen den Ministern nicht mehr lammfromm zu, sondern buhten sie aus und jagten sie fast vom Podium. Schließlich stellten die GEW-Mitglieder immer massiver die Forderung nach dem Kampfmittel Streik, das bei Beamten von der Bourgeoisie kriminalisiert ist, selbst wenn es sich um offizielle gewerkschaftliche Streiks handelt. **So mußte die GEW-Bürokratie in Hessen und Hamburg zur Urabstimmung aufrufen, wobei die Kollegen mit überwältigender Mehrheit (73,3% bzw. 79%) für Streik stimmten.**

In dieser Lage bekamen es die GEW-Bonzen mit der Angst zu tun und peitschten die obengenannten Beschlüsse durch.

Aber natürlich wird damit keine Friedhofsruhe in die GEW einziehen und zwar einfach deshalb, weil die Unterdrückung der Lehrer durch die Bourgeoisie wächst. Nach den Berufsverboten gegen Kommunisten und fortschrittliche Lehrer droht der bürgerliche Staat jetzt offen mit Massenarbeitslosigkeit, weil angeblich eine „Lehrerschwemme“ bevorstünde. Der GEW-Apparat, nun noch konsequenter als Unterdrückungsapparat des Kapitals ausgebaut, soll den Widerstand der Lehrer unterdrücken.

Gerade der Pfingstkongreß der GEW aber wird einer Reihe von Lehrern die Augen darüber öffnen, daß sie die GEW nicht zu ihrer Kampforganisation reformieren können, wie es die D„K“P und einige opportunistische Organisationen empfehlen.

Die Opposition in der GEW hat nur eine realistische Perspektive: an der Seite der Arbeiterklasse den revolutionären Klassenkampf gegen den kapitalistischen Staatsapparat, gegen den GEW-Apparat und gegen die modernen Revisionisten von der D„K“P zu führen.
VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER RGO!

TOD DEM FASCHISMUS!

Auszüge aus der Rede des 1.Vorsitzenden unserer Partei, des Genossen ERNST AUST

Wir veröffentlichen Auszüge aus der Rede des Genossen Ernst Aust „Tod dem Faschismus", die der Vorsitzende unserer Partei auf der Duisburger Veranstaltung, nachdem wir unseren von der Polizei ermordeten Genossen Günter Routhier zu Grabe getragen hatten, halten wollte. Zu Beginn geht Genosse Aust auf die Ermordung des Kommunisten Günter Routhier ein: Genosse Routhier fiel im Kampf für die Interessen des Volkes, er wird wie alle gefallenen Kämpfer der Arbeiterklasse immer im Herzen der revolutionären Arbeiter sein. Angesichts dieses brutalen Mordes der Polizei, stellen sich viele Menschen die Frage: „Schreiben wir bereits wieder das Jahr 33? Steht der Faschismus wieder vor der Tür?" Auf diese Fragen gab Genosse Aust im Hauptteil seiner Rede eine Antwort:

Genossen, wie Ihr wißt, gibt es in unserem Land einige Leute, die sich selbst Marxisten-Leninisten nennen und sagen: Die Analyse, „Die Tendenz der heutigen Weltentwicklung ist die Revolution und der Sieg des Sozialismus" mag ja ganz allgemein, z. B. in den Ländern der Dritten Welt, ihre Gültigkeit haben, aber auf Westdeutschland trifft sie nicht zu. Wir haben bei uns keine revolutionäre Situation.

Nun, was das letztere betrifft, haben sie zweifellos recht. Eine revolutionäre Situation ist gegeben, wie Lenin es formulierte: wenn „die ‚unteren Schichten' in alter Weise nicht leben wollen", und „die ‚oberen Schichten' in alter Weise nicht leben können".

Von solch einer Situation kann bei uns natürlich zur Zeit keine Rede sein. Wie schnell aber solch eine Situation auch in hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern heranreifen kann, hat uns der Mai 1968 in Frankreich gezeigt. Was jedoch die Analyse, „die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution..." betrifft, so hat sie für uns, wie in aller Welt, Gültigkeit. Oder wollen die Herren, die ihre Gültigkeit leugnen, etwa behaupten, die allgemeine Krise der kapitalistischen Welt wirke sich auf Westdeutschland nicht aus? Wollen sie ernsthaft in Zweifel ziehen, daß sich die Klassenkämpfe bei uns in den letzten Jahren beträchtlich verschärft haben?

Natürlich verläuft die Entwicklung nicht gleichmäßig, stetig anwachsend. Eher könnte man die Entwicklung mit Wellen vergleichen. Die revolutionäre Studentenbewegung von 1968, die Septemberstreiks von 1969, die gewaltigen Bauerndemonstrationen von 1971 und 1972, die Streikwelle Ende 1972 / Anfang 1973, die spontanen Auguststreiks vom letzten Jahr. Nicht nur, was ihren Umfang betrifft, sondern auch in der Qualität werden diese Wellen immer höher und stärker. Das sieht man, wenn man die Septemberstreiks von 1969 mit den Auguststreiks von 1973 vergleicht. Beide waren spontan, richteten sich gegen den von Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung diktierten Tariffrieden. Doch während die Septemberstreiks von 1969 sich noch fast ausschließlich im ökonomischen Bereich bewegten, wurden die Auguststreiks von 1973 nicht nur mit größerer Entschlossenheit und Erbitterung geführt, erfolgten Demonstrationen innerhalb und außerhalb der Betriebe, wurden Fabrikhallen besetzt, sondern zunehmend tauchten auch schon politische Losungen und Forderungen auf.

Sicher gelang und gelingt es den Agenten im Lager der Arbeiterklasse, den modernen Revisionisten der D„K"P und „linken" Sozialdemokraten immer wieder, den Kampf der Arbeiter zurückzuzerren, indem sie mit der Ideologie des friedlichen Übergangs versuchen, die Arbeiterklasse politisch, ideologisch, organisatorisch und militärisch zu entwaffnen, sie so gegenüber dem Faschismus wehrlos machen wollen. Die D„K"P ist keine antifaschistische Kraft, sie ist im Gegenteil der Wegbereiter des Faschismus. Ohne den Einfluß des modernen Revisionismus zu brechen, ohne die breiten Teile der Werktätigen dem Einfluß der anderen bürgerlichen Ideologien zu entreißen, wird es auch in einer revolutionären Situation nicht möglich sein zu siegen.

Noch haben wir keine revolutionäre Situation, noch sind Not und Elend der unterdrückten Klassen nicht über das Maß hinausgewachsen, so daß sie, die sich in „friedlichen" Epochen noch ausplündern lassen, auf die Barrikaden steigen. Doch wie steht es mit den „oberen Schichten", der herrschenden Klasse, können sie noch so leben, so herrschen wie bisher?

Ohne Zweifel hat sich auch hier etwas verändert und ändert sich laufend. Oder ist es etwa normal im Leben der Herrschenden, war es schon immer so, daß sich ihre prominentesten Vertreter ohne Leibwache, ohne ihre „Gorillas" nicht mehr unter das Volk wagen? Daß sie ihre Villen und Bungalows mit Alarmanlagen und Wachen sichern müssen, wie beispielsweise Konzernboß Springer, dessen Herrensitz in Hamburg-Blankeneese einer bewachten Festung gleicht. Oder nehmen wir ihre Staatsbesuche. Wieviele zigtausend Polizisten werden aufgeboten, Truppeneinheiten in Alarmbereitschaft versetzt, wenn sich z. B. Staatsoberhäupter wie Nixon oder auch Breschnew auf unseren Straßen bewegen.

Oder nehmen wir nur Ereignisse wie die olympischen Spiele oder die jetzige Fußballweltmeisterschaft. Sahen die schon immer so aus? Schaut Euch in den Stadien um, wo ihr hinblickt Polizisten, die tausende in Zivil nicht mitgerechnet. Die Quartiere der Mannschaften hermetisch abgeriegelt. Selbst bürgerliche Zeitungen jammern: Ausländische Besucher der WM müßten ja den Eindruck gewinnen, daß die Bundesrepublik ein Polizeistaat sei.

Nein, den Herrschenden in der kapitalistischen wie der revisionistischen Welt fällt es zunehmend schwerer, ihre bisherige Lebensweise wie auch die Form ihrer Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten. **Am liebsten ist es der Bourgeoisie, am stärksten ist sie, wenn sie den ungetrübten Schein einer persilweissen sogenannten bürgerlich-parlamentarischen Demokratie aufrechterhalten kann.** Dann läßt sie sogar legale kommunistische Parteien zu. Doch wie weit sind wir von solch einem Zustand entfernt.

Wo in der Welt, außer in sozialistischen Ländern wie China und Albanien, gibt es denn noch legale marxistisch-leninistische, kommunistische Parteien? Damit sind natürlich nicht die sich „kommunistisch" nennenden revisionistischen Parteien wie die „K"PF, die „K"PI, die D„K"P und die Trotzkisten der vierten und viereinhalbten Internationale etc. gemeint. **Ihre Existenz ist für die Bourgeoisie angesichts der sich weltweit verschärfenden Klassenkämpfe von geradezu lebenswichtiger Bedeutung.** Nein, wir meinen hier unsere revolutionären, marxistisch-leninistischen Bruderparteien. Der größte Teil von ihnen, z. B. in Lateinamerika, lebt in der Illegalität oder wie in Europa in einem Zustand der Halblegalität, es sei denn, sie sind noch zu klein und zu schwach, daß die Kapitalisten in ihnen keine augenblickliche Gefahr sehen. Selbst in den nordischen Ländern, den „Musterländle" der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, verschärft sich die Verfolgung der Marxisten-Leninisten. In tiefster Illegalität arbeiten und kämpfen auch die Marxisten-Leninisten in den revisionistischen Ländern.

Nicht nur wir haben, auch die Bourgeoisie hat gelernt. Je mehr sich ihre Herrschaft weltweit ihrem Ende nähert, um so härter werden ihre Abwehrmaßnahmen, um so offener greifen sie zur Form der faschistischen Herrschaft. In der Epoche des Imperialismus führt die Verschärfung der Klassenkämpfe und die Zunahme der Elemente des Bürgerkrieges zum Faschismus, zur offenen, terroristischen Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.

Wobei der Weg zur Errichtung des Faschismus, den das Finanzkapital geht, recht verschiedenartig sein kann. Die klassische Form der Errichtung des Faschismus war die, wie in Italien und Deutschland, über den Weg einer faschistischen Massenpartei, faschistischer Kampfverbände etc., wobei in Deutschland die Faschisten sogar durch den Parlamentarismus „ganz legal" an die Macht gelangten. **Diese Art der Errichtung des Faschismus aber setzt das Vorhandensein sozial deklassierter kleinbürgerlicher Elemente, die – wie Lenin betonte – aufgrund ihrer Klassenlage zwischen Proletariat und Bourgeoisie ein schwankendes Element darstellen, das auch vom Faschismus gewonnen werden kann, in beträchtlicher Zahl voraus.** Die Lage nach dem I. Weltkrieg in Italien, die millionenfache Ruinierung kleinbürgerlicher Existenzen während der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 33 in Deutschland boten gute Voraussetzungen hierfür.

Wie und auf welche Art das Finanzkapital heute seine offene faschistische Herrschaft errichtet, ob auf dem Weg über einen Staatsstreich, einen Militärputsch wie in Griechenland, oder einer Faschisierung auf kaltem Wege, Schritt für Schritt, hängt von den Umständen ab. In Italien beispielsweise, wo es im Verhältnis zur Bundesrepublik noch viel mehr kleinbürgerliche Existenzen, kleine Kaufleute, Handwerker, kleine Unternehmer, sogenannte Patrones, gibt, deren Existenz durch die allemeine Krise des Kapitalismus – wie sie sich beispielsweise in der Währungskrise äußert – zunehmend gefährdet wird, besteht die Gefahr eines Militärputsches. Anders als in Westdeutschland heute, besteht in Italien eine relativ starke, offen faschistische Partei.

Wer dagegen bei uns die Hauptgefahr zur Errichtung der offen faschistischen Diktatur – wie die Revisionisten behaupten – in der NPD oder einem sogenannten „Rechtskartell" sieht, lenkt vom eigentlichen Gegner ab. Natürlich werden wir – anders als die Revisionisten – die frech und offen auftretenden alten und neuen Nazis in ihre Schranken verweisen. Doch das ist eine Nebenaufgabe in unserem Kampf gegen die Refaschisierung. **Die Hauptaufgabe in dieser Hinsicht, wie sie sich in unserer Losung „Tod dem Faschismus" ausdrückt, heißt ihn dort anzugreifen, wo er seine Machtpositionen hat: in Staatsapparat und Regierung.**

Zu keiner Zeit mehr nach Verabschiedung der Verfassung, des Grundgesetzes im Jahre 1949, hat es in Westdeutschland und Westberlin solche demokratischen Rechte gegeben, wie sie noch in der Weimarer Republik existierten. Entgegen, unter Bruch des Potsdamer Abkommens, in dem es hieß: „Alle nazistischen Gesetze, welche ... eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden", führte die Bourgeoisie durch das 1. Strafrechtsänderungsgesetz (Blitzgesetz) gerade solche Nazigesetze wieder ein. Wer den Imperialismus entlarvt, sein räuberisches, menschenfeindliches Wesen aufzeigt, verleumdet nach dem bürgerlichen Gesetz die Bundesrepublik und ihren Staat und wird entsprechend bestraft. Das KPD-Verbots-Urteil tat ein Übriges. Nach diesem Urteil kann unsere Partei als Nachfolgeorganisation der KPD jederzeit verboten werden.

Mancher Genosse mag Bedenken haben davon zu sprechen, daß eine SPD/FDP-Regierung die Faschisierung vorantreibt bzw. möglicherweise den Faschismus errichten wird, mag einwenden, daß man von einer Faschisierung erst dann sprechen könne, wenn die revolutionäre Bewegung vollständig unterdrückt, in die Illegalität gezwungen, die legalen Organisationen des Proletariats zerschlagen sind.

Genau das entspricht nicht der Realität. Wer hat sich denn die sogenannten Notstandsgesetze in die Schublade gelegt, die bei ihrer Anwendung unter dem Deckmantel der bürgerlichen Legalität die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur ermöglichen? Doch wohl SPD/FDP und CDU/CSU gemeinsam. Wer hat die Ausgaben für den Ausbau des Heeres, vor allem aber für die Polizei, Grenzschutz, Verfassungsschutz und Geheimdienste um ein Mehrfaches gesteigert? Doch wohl die SPD/FDP-Regierung. Unter wem wurden die sogenannten MEKs, im Volksmund „Mordeinsatzkommandos", diesen auf die physische Vernichtung des Gegners abgerichteten Killern ins Leben gerufen? Doch wohl unter Brandt und Genscher.

Wir müssen die Errichtung des Faschismus bei uns als einen längeren Prozeß der Faschisierung, des ständigen Abbaus, der Einschränkung der demokratischen Rechte des Volkes betrachten, dessen qualitativer Sprung wohl bei der Anwendung der Notstandsgesetze liegen wird. Aber auch das läßt sich nicht so einfach sagen. Es ist für den Faschismus nicht immer nötig, legale Organisationen des Proletariats, wie z. B. 1933 die Gewerkschaften, zu zerschlagen. Er kann sie auch teilweise übernehmen. Wie weit dies der Herrschaft des Finanzkapitals heute bereits gelungen ist, wissen wir. Die DGB-Führung ist bereits heute ein Teil des imperialistischen Staatsapparates.

„Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, d. h. der kommunistischen Schichten des Proletariats und ihrer führenden Kader", stellte das Programm der Kommunistischen Internationale 1928 fest. Das gilt auch heute noch. Gegen wen richtet sich denn angesichts der Verschärfung der Klassenkämpfe bei uns der Terror der Bourgeoisie? Wie vor 1933 gegen die kommunistischen Schichten des Proletariats, vor allem gegen die Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei. Stetig verstärken sich die Rausschmisse, die fristlosen Entlassungen aus den Betrieben, die Ausschlüsse aus der Gewerkschaft. Verstärkt sich die Verfolgung unserer Flugblattverteiler und Zeitungsverkäufer. Nimmt die Zahl der Festnahmen, erkennungsdienstlichen Behandlungen, Verhaftungen, die Zahl der Prozesse ständig zu. Demonstrationsverbote und brutaler Polizeiterror sind ein weiterer Ausdruck der stetigen Faschisierung.

Ein Verbot unserer Partei wird, wie aus Kreisen der Innenminister verlautet, z. Z. aus Opportunitätsgründen noch nicht erwogen. Opportunitätsgründe? Was heißt das? Das heißt aus Gründen der Nützlichkeit, der Zweckmäßigkeit. Wieso erscheint es der Bourgeoisie zur Zeit zweckmäßig, unsere Partei, ihren konsequentesten Gegner, noch nicht zu verbieten? Weil sie es für zweckmäßig hält, neben den Nadelstichen der ständigen Prozesse, die Mitglieder unserer Partei, ihre Organisationsstruktur kennenzulernen. Wie ihr wißt, haben sich die Observationsmethoden der Polizei ständig verbessert, wird ein Heer von Spitzeln und Agenten aufgeboten, um die revolutionäre Bewegung in unserem Land zu beobachten und zu zersetzen. Wie ihr wißt, existieren nicht nur „schwarze Listen" in den Betrieben, sondern befindet sich zur Zeit auch eine zentrale Computerkartei im Aufbau, in der schon drei Millionen Bundesbürger registriert sind. In ihr befinden sich auch abrufbereit die Namen aller, die der Bourgeoisie politisch aufgefallen sind. Abrufbereit, um im Falle einer revolutionären Situation, der Errichtung der offenen faschistischen Diktatur die Registrierten in die KZs einzuliefern bzw. zu ermorden.

Hier zeigt sich, daß die Legalität für die Partei eine Falle ist, die ihr die Bourgeoisie stellt. Und sie tappt hinein, wenn sie sorglos ist, wenn sie die notwendigen Regeln der Konspiration nicht beachtet, wenn sie die Mitglieder und Kader der Partei der Bourgeoisie namentlich preisgibt. Natürlich kommen wir, um die Möglichkeiten der Legalität zu nutzen, nicht drum herum, Mitglieder unserer Partei mit Namen zu nennen. Doch muß ihre Zahl so gering wie möglich gehalten werden.

Das heißt jedoch keinesfalls unsere kommunistische Agitation und Propaganda im Betrieb und der Öffentlichkeit einzuschränken, nicht als beste Kämpfer an der Seite unserer Kollegen zu stehen. Entschieden müssen wir jeden Versuch zurückweisen, die Partei zu einer von den Kämpfen der Massen isolierten Sekte zu machen, die in den Studierzimmern die Revolution vorbereitet. Einen Kampf ohne Opfer kann es nicht geben – von Entlassungen bis zu Ermordungen. Wichtig ist, daß neue Genossen die Aufgaben übernehmen können. **Der beste Schutz vor Vertiefung und Illegalität ist die tiefe Verankerung der Partei in den Massen.**

Doch machen wir uns nichts vor. Sicher wird die Partei vor dem Entstehen einer revolutionären Situation verboten werden und sie muß zu jeder Stunde auf ein Verbot vorbereitet sein. Keinesfalls wird heute, angesichts der weltweiten Krise des Kapitals, unsere revolutionäre Partei eine Massenpartei mit 360.000 eingeschriebenen Mitgliedern wie die KPD vor 1933 werden. Doch nicht die Zahl der Mitglieder ist entscheidend über die Qualität einer revolutionären Partei, entscheidend ist ihre korrekte marxistisch-leninistische Linie und daß sie durch tausende Fäden aufs engste mit ihrer Klasse und den werktätigen Massen verbunden ist.

Schöpfen wir Hoffnung und Mut aus den Worten Lenins: „Es ist möglich, daß auch eine kleine Partei ... wenn sie den Gang der politischen Entwicklung gut studiert hat und das Leben und die Gewohnheiten der parteilosen Massen kennt, in einem günstigen Augenblick eine revolutionäre Bewegung hervorrufen wird. Wenn eine solche Partei in einem solchen Augenblick mit ihren Losungen auftritt und es erreicht, daß Millionen Arbeiter ihr folgen, dann ist das eine Massenbewegung. Ich bestreite nicht unbedingt, daß die Revolution auch mit einer ziemlich kleinen Partei begonnen und zum siegreichen Ende geführt werden kann. Man muß aber wissen, mit welchen Methoden man die Massen für sich zu gewinnen hat. Dazu muß man die Revolution gründlich vorbereiten ... Ohne gründliche Vorbereitung werden sie in keinem Land den Sieg erringen. Eine ganz kleine Partei kann genügen, um die Massen zu führen. In gewissen Zeiten braucht man keine großen Organisationen."

Tausende gaben Genossen Routhier das letzte Geleit!

Am Todestag des Genossen Günter Routhier gab das Zentralkomitee unserer Partei der Familie und der ganzen Partei das Versprechen: Tausende werden kommen, um dem unvergessenen Günter Routhier, der im Kampfe für die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes sein Leben lassen mußte, das letzte Geleit zu geben. Und es kamen Tausende – von Trauer und Haß erfüllt – um unseren Genossen zu Grabe zu tragen, und ihm die letzte Ehre zu erweisen.

Nicht die Knüppelschläge der Polizei gegen den Trauerzug, noch ihre Lügen, die sie verbreitet haben, um den Mord abzustreiten, konnten es verhindern, daß aus allen Teilen der DBR und Westberlin die Genossen und Freunde herbeiströmten, daß viele Duisburger kamen, um ihn zu begraben. Auch die GRF drückte in einer Grußadresse, vorgetragen von Horlemann vor Beginn des Trauerzuges, der Familie und der Partei ihr Beleid aus.

Familie Routhier begleitete den Sarg ihres Günter, der von sechs Genossen getragen wurde, aus der Leichenhalle auf den Friedhofsplatz. Der Sarg war bedeckt mit der Fahne der Partei und wurde von Tausenden schweigend begrüßt. Als der Sarg den Weg zum Grab passierte, bildeten die Genossen ein langes, schweigendes Spalier. Sie standen mit erhobener Faust, zum Zeichen der Ehrung unseres ermordeten Genossen und zum Zeichen der Entschlossenheit, seinen Tod nie zu vergessen – seinen Tod zu sühnen. Dem Sarg schlossen sich die Genossen an, die die Kränze der Partei, der Roten Hilfe, unserer Bruderpartei, der PCE/ML, der FRAP und vieler fortschrittlicher Organisationen trugen. Die Familie des Genossen Routhier ging gemeinsam mit Genossen Ernst Aust. Ihnen folgte ein mächtiger Trauerzug, angeführt von den Fahnen der Partei des Genossen Routhier, der KPD/ML. Der Zug war so groß, daß man sein Ende nicht absehen konnte. Er ging schweigend zum Grab. Es war ein Schweigen, das die Entschlossenheit ausdrückte, den Kampf, für den Genosse Günter sein Leben gab, noch besser, noch entschiedener weiterzuführen.



Auf der Fischerstraße formiert sich der Trauerzug. Nur wenig später knüppelt die Polizei auf ihn ein.

Der Trauerzug hielt am Grab an und verteilte sich im weiten Umkreis. Die Gesangsgruppe der Partei sang für Genossen Günter das Lied „Im Kerker zu Tode gemartert" und den Trauermarsch „Unsterbliche Opfer":

> **Unsterbliche Opfer, ihr sanket dahin,**
> **Wir stehen und weinen voll Schmerz, Herz und Sinn.**
> **Ihr kämpfet und starbet für kommendes Recht,**
> **Wir stehen und trauern, der Zukunft Geschlecht.**
> **Einst aber, wenn Freiheit den Menschen erstand,**
> **Und all Euer Sehnen Erfüllung fand,**
> **Dann werden wir künden, wie ihr einst gelebt,**
> **Zum Höchsten der Menschheit empor nur gestrebt.**

Genosse Ernst Aust, Vorsitzender unserer Partei, hielt die Trauerrede am Grab. Er drückte in seiner Rede das aus, was jeder, der am Grab stand, fühlte: Die Trauer um Günter, den Haß gegen seine Mörder. **Aller Fäuste erhoben sich zum Schwur, als Genosse Ernst Aust sagte: „Günter Routhier, während wir nun die Fahnen senken, um von Dir Abschied zu nehmen, schwören wir Dir, unserem Genossen: Nie werden wir Dich vergessen. Dein Tod wird nicht ungesühnt bleiben. Er war nicht umsonst. Tausende und Abertausende neue Kämpfer werden aufstehen, um den Kampf fortzusetzen, in dem Du gefallen bist. Den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Frieden und Freiheit, für ein glückliches Leben unseres Volkes in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland. Rotfront Günter."**

Die Verantwortlichen für den Mord an Günter haben sich auch an seinem Grab in ihrer ganzen Niederträchtigkeit gezeigt. Während der Trauerrede kreiste der Hubschrauber der Polizei dicht über dem Friedhof im Umkreis des Grabes und verursachte solch einen Lärm, daß große Teile der Anwesenden die Rede nicht hören konnten. Ihre Angst vor einem ermordeten Kommunisten, ihre Angst vor der Verbreitung der Wahrheit, und ihre ganze Schamlosigkeit haben sie in diesem Augenblick für jeden bewiesen. Doch mit jeder dieser Taten vertiefen sie unseren unversöhnlichen Klassenhaß.

Als die Kränze niedergelegt waren, verweilte die Familie, die Partei und alle anwesenden Menschen in einer Gedenkminute am Grab, viele zogen mit erhobener Faust an seinem offenen Grab vorbei. Vor dem Friedhof versammelten sich alle noch einmal, um die Beileidsworte unserer Bruderpartei, der PCE/ML, entgegenzunehmen und um für die Familie des Genossen Günter zu sammeln. Die Solidaritätsspenden erbrachten mehrere tausend Mark (das genaue Ergebnis werden wir zusammen mit den eingegangenen Spenden noch veröffentlichen).

Am Grabe des Genossen Günter wird noch einen Tag eine Ehrenwache der Partei stehen.

Die KPD/ML dankt allen Freunden und Genossen, die Günter das letzte Geleit gaben.

WENN EINER FÄLLT – STEHEN VIELE AUF!

Augenzeugen berichten:

Vom frühen Morgen des 24. 6. an ist die Polizei unterwegs, um zu verhindern, daß Freunde und Genossen von Günter Routhier ihm das letzte Geleit geben. Sympathisanten der KPD/ML aus Kiel berichten:

„Wir fuhren frühmorgens in einem VW-Bus von Kiel weg. Überall auf der Autobahn sahen wir Polizeikontrollen. 100 km vor Dortmund wurden wir von mehreren Polizeiautos regelrecht eingekreist, angehalten. Unser Auto wurde durchsucht. Die ROTEN MORGEN, die wir dabei hatten, wurden beschlagnahmt. Unsere Fahnen- und Transparentstangen, wurde uns gesagt, dürften wir nur behalten, wenn wir zurückführen nach Kiel. Wir haben daraufhin ein Transparent entrollt. Einige der Vorbeifahrenden grüßten uns mit erhobener Faust zurück. Wir sind dann in Richtung Bielefeld zurückgefahren, weil wir glaubten, über einen Umweg doch noch nach Duisburg zu kommen. Aber Polizeiwagen konvoitierten uns ein ganzes Stück. Am Bielefelder Bahnhof, wo wir in den Zug steigen wollten, erkannten wir zivile Polizei. Wir sind deshalb dann doch nach Kiel gefahren. Dabei fuhren Bullenwagen mit bis Hannover."

Bericht von Genossen aus Dortmund, die mit einem VW-Bus Kränze nach Duisburg fahren wollen: „Wir werden um 11.30 Uhr an der Autobahn angehalten. Unsere Personalien werden aufgenommen. Es wird gesagt, der VW-Bus sei beschlagnahmt (wegen abgefahrener Reifen!!!). Es wird uns angeboten, die Kränze umzuladen. Die Fahne der KPD/ML und Propagandamaterialien dürfen nicht umgeladen werden.

Als wir gegen 16 Uhr nach Duisburg kommen, ist die Düsseldorfer Strasse 2 km vor dem Neuen Friedhof, wo Genosse Routhier beerdigt wurde, gesperrt. Gegen 18 Uhr befinden sich immer noch rund 100 Menschen vor dem Friedhofseingang. Plötzlich kommen aus dem Friedhofsgelände und aus Nebenstraßen Polizisten, die die Versammlung „auflösen".

Morgens, 11 Uhr bis 11.30 Uhr Nähe Lerchenstraße.

„Ich bin kurz vor 11 Uhr am Sammelpunkt angekommen. Weit und breit kein Polizist zu sehen. Eine Rentnerin spricht mich an: „Ist hier eine Beerdigung?" Wir erzählen ihr von dem Polizeimord an Genossen Günter. Sie sagt: „Mich lassen sie kaum leben mit meiner Rente von 260 DM und jetzt schlagen sie auch noch einen tot." Als sie erfährt, daß Günters Eltern so nah bei ihr wohnen: „Zu der Beerdigung komm' ich auch, ich wohn ja da drüben. Das geht mich auch an!"

15 Minuten später, eine größere Anzahl von Teilnehmern des Trauerzuges hat sich an zwei Endpunkten einer Seitenstraße der Lerchenstraße gesammelt, sind auf einmal Mannschaftswagen da. Eine Lautsprecherdurchsage: „Alles, was außerhalb des Friedhofs ist, ist verboten. Fahnenstangen werden beschlagnahmt." Knapp eine halbe Minute später sammeln sich an einer Ecke mehrere Mannschaftswagen. Polizisten springen heraus, knüppeln in die Menschenmenge. Es wird ihnen „Mörder, Mörder" entgegengerufen. Mehrere Genossen werden festgenommen."

Nachmittags 14,30 Uhr, Fischerstraße.

„Als ich komme, wimmelt die Fischerstraße von Bullen. Die Leute standen an den Rändern und schimpften auf die Polizei. An der Ecke hatte bereits eine Kundgebung begonnen, ein Teil der Genossen war mit Kränzen versammelt und sang: „Im Kerker zu Tode gemartert." Bullenwagen kommen an. An der Spitze des Trauerzugs die Angehörigen, dann Genossen mit Kränzen. Aus allen Querstraßen kamen Mannschaftswagen, so daß der Zug von 3 Seiten eingekeilt war. Dann das Kommando „Absitzen, Knüppel frei!" Die Bullen sprangen aus den Autos und prügelten sofort los. Von hinten drängten die Bullen so stark, daß viele stürzen. Die Bullen sind wie wahnsinnig. Ich sah, wie drei von ihnen, mit Schild und Visier, den Knüppel wild um sich schlagend, mitten durch den Trauerzug und die Fußgänger rannten und brüllten: „Ihr Schweine, ihr Schweine!" Man hörte ihren Schreien, man sah ihren Gesichtern an, daß sie systematisch gedrillt waren, hier eine Straßenschlacht abzuziehen. Dann kommen mehrere Mannschaftswagen von vorn auf die Spitze des Trauerzuges zu. Bullen springen heraus und prügeln los. Genossen stellen sich schützend vor die Angehörigen. Es wurde furchtbar zugeschlagen. Die Genossen schreien währenddessen immer wieder ‚Mörder, Mörder! Rache für Günter!' Die Bullen reissen an den Parteifahnen, die an der Spitze des Trauerzuges getragen wurden, sie knüppeln Kränze nieder und zerren an den Schärpen.

Ich lief um die Ecke, in den Eingang einer Konditorei. Der Verkäufer und die Serviererin kamen aufgeregt aus der Tür, fragen was los sei. Sie kannten Genosse Routhier und wußten, was passiert war. „Diese verdammten Scheißkerle, das geht jetzt schon die ganze Woche so, die sollen doch die Leute in Ruhe lassen. Ständig Blaulicht und Knüppel, man wird hier noch verrückt!"

NACH DER TRAUERFEIER

Nach der Trauerfeier auf dem Friedhof machten die Bullen einen Überfall auf einen Genossen, der ihnen offenbar aufgefallen war. Der Genosse flüchtete vor den Bullen in ein Eis-Cafe. Die Mannschaften von 3 Polizeiwagen stürmen hinter ihm ins Cafe, schlugen die Tische beiseite, so daß die Besucher des Cafes total erschreckt auseinanderstoben. Dann stürzen sie sich auf den Genossen und schlagen ihn vor aller Augen zusammen. Ein kleines Kind bekam einen Schreikrampf. Die Bullen reißen den Genossen hoch, schleppen ihn in einen Bullenwagen und prügeln weiter. Die Besucher des Cafes sind unheimlich empört."

An der Mercatorhalle abends.

Der Platz vor der Mercatorhalle ist um 20.15 Uhr mit ca. 4.000 Bullen umstellt. Hier sollte eine Veranstaltung der Partei zum Gedenken an Günter stattfinden. Schon mittags wurde der Saal abgesagt. – Zur gleichen Zeit halten 4 Bullenbusse vor dem Wienerwald, Nähe Königstraße. 20 Bullen stürmen rein, kommen mit 4 Leuten wieder raus. **Ich höre, wie die Bullen immer wieder sagen: ‚Die mit den schwarzen Anzügen müssen geschnappt werden!'**

Das Viertel zwischen dem Bahnhof und der Mercatorhalle wird systematisch von Bullen durchgekämmt. Ungefähr auf jeder Kreuzung ein Bullenwagen. Gegen 19.30 Uhr fahren 3 Bullenwagen an den Bürgersteig in der Königstraße heran. Die Bullen springen raus und greifen sich unter den Passanten gezielt zwei Genossen heraus. Die Genossen Gernot Schubert und Karl Klingemann werden als ‚Rädelsführer der Aktivitäten der KPD/ML' festgenommen – wie der Unterhaltung der Polizisten zu entnehmen ist, auf Befehl von ‚oben'. Di e Passanten, die diesen Überfall mitkriegen, pfeifen. Die Festnahme kann nicht verhindert werden.

BEI DER ABFAHRT AUS DUISBURG. 200 Bullen kreisen den Bus von Marburger Teilnehmern am Trauerzug ein, der abfahren will. Alle männlichen Insassen werden einzeln rausgeholt und ins Polizeipräsidium zur erkennungsdienstlichen Behandlung gebracht. Danach auch die Frauen. Ein Teil kommt nach Duisburg, der andere nach Düsseldorf. Dort werden bis zu 6 Personen in eine Einmannzelle gesteckt. In Düsseldorf werden bei allen Frauen Leibesvisitationen gemacht. Die Genossen im Duisburger Polizeipräsidium bekommen mit, wie die Bullen beim Hereintragen von Fahnenstangen sagen: „Schon wieder neue Hieb- und Stichwaffen der Demonstranten."



Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 – 13 Uhr.

DORTMUND:
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER:
Elisenstr. 20.

KIEL:
Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 462 60 18. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.